Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Wilhelmshavener Tageblatt und amtlicher Anzeiger. 1881-1909

13 (1887)

21 (26.1.1887)

urn:nbn:de:gbv:45:1-1050928

Visual Library

Wilhelmshavener Tageblatt

und

amtlicher Anzeiger.

Bestellungen
auf das „Tageblatt", welches mit Ausnahme Montags täglich erscheint, nehmen alle Kaiserl. Postämter zum Preis von Mk. 2,10 ohne Zustellungsgebühr, sowie die Expedition zu M. 2,25 frei ins Haus gegen Vorausbezahlung, an.

Redaktion u. Expedition: Kronprinzenstraße Nr. 1.

Anzeigen
nehmen auswärts alle Annoncen-Büreaus, in Wilhelmshaven die Expedition entgegen, und wird die fünfgespaltene Corpuszeile oder deren Raum für hiesige Inserenten mit 10 Pf., für Auswärtige mit 15 Pf. berechnet.

Publikations-Organ für sämmtliche Kaiserliche, Königliche und städtische Behörden, sowie für die Gemeinden Neustadt-Gödens und Bant.

Nr. 21. Mittwoch, den 26. Januar 1887. **XIII. Jahrgang.**

Tagesübersicht.

Berlin, 24. Januar. Se. Maj. der Kaiser ertheilte gestern dem Reichskanzler eine längere Audienz und nahm heute mehrere Vorträge entgegen.

Nach der „Kreuzzeitung" würde der neue Reichstag bereits am 1. oder 3. März zusammentreten.

Dem „Han. Cour." wird geschrieben: Das Abgeordnetenhaus hatte heute ganz unerwartet einen großen sensationellen Tag. Es kam noch einmal zu einer gründlichen Auseinandersetzung zwischen den maßgebendsten Persönlichkeiten über die ganze innere Situation, die Militärfrage und die Auflösung. Auf der Tagesordnung stand die zweite Etatsberathung. Ganz unvermuthet erschien, ein seltener Anblick in diesem Hause, Fürst Bismarck am Ministertisch, um beim Etat des Auswärtigen Amts den Anstoß zu einer hochpolitischen und außerordentlich bedeutsamen Verhandlung zu geben, nämlich die innere Krisis und die Haltung der Regierung zu derselben zu beleuchten. In überaus treffender, geradezu vernichtender Weise kritisirte der Reichskanzler die Reichstagsmehrheit, zu welcher man den verbündeten Regierungen zumuthen wolle, Vertrauen zu haben; eine Mehrheit, die nicht nur aus Centrum und Fortschrittspartei, sondern auch noch aus allen möglichen offenen reichs- und staatsfeindlichen, sowie antimonarchische Elementen bestehe und nur durch den gemeinsamen Haß gegen die Regierung zusammengehalten werde. Dann führte Fürst Bismarck aus, warum die Regierung an dem Septennat festhalten müsse, welches seinerzeit als ein Zugeständniß an eine liberale Reichstagsmehrheit und als äußerste Grenze des Verzichtes auf eine dauernde Heereseinrichtung, nicht aber als Ausgangspunkt zu weiteren Concessionen an die parlamentarische Machtverstärkung bewilligt worden sei. Die Reichstagsmehrheit habe die gefahrdrohende Situation zu einer Verschiebung der Machtvertheilung zwischen Regierung und Reichstag benutzen wollen, wie Wucherer augenblickliche Nothlagen ausbeuten. Besonders bedeutsam war dann aber die Entschiedenheit, mit der Fürst Bismarck die Unterstellungen zurückwies, als verfolge die Regierung mit der Reichstagsauflösung alle möglichen „reactionären Schändlichkeiten". Die angeblichen Monopolpläne werden ganz entschieden in Abrede gestellt, nur im Fall eines unglücklichen Krieges würden Monopole unvermeidlich sein. Dann übernahm Windthorst die Vertheidigung der Reichstagsmajorität, die seinen Namen führt und seinem Commando gehorcht. Herr Windthorst hat sich durch die Redeübermacht der letzten Wochen vollkommen erschöpft; er wiederholt sich fortwährend und seine Reden werden immer matter trotz des gesteigerten pathetischen Tons. Offenbar lastet das Bewußtsein einer schlechten Position und die Ahnung eines großen Mißerfolges auf ihm. Am bemerkenswerthesten war der Versuch, dem Reichskanzler trotz der vorangegangenen Versicherungen Anschläge auf die Verfassung, namentlich das allgemeine Wahlrecht, unterzuschieben. Er forderte in dieser Beziehung eine bestimmte Erklärung, die ihm denn auch zu Theil wurde. Nach einer warmen patriotischen, von der Opposition häufig stürmisch unterbrochenen Rede des Abg. v. Zedlitz ergriff Fürst Bismarck abermals das Wort, um nochmals Abrechnung mit dem welfischen Führer der Opposition zu halten, die Verfassungstreue der Regierung zu versichern und die Absicht einer Aenderung des bestehenden Wahlrechts entschieden in Abrede zu stellen. Aus den Ausführungen des Reichskanzlers ist noch besonders hervorzuheben, daß er die Absichten der Curie in scharfen Gegensatz zu der Haltung des Centrums stellte und andeutete, daß vielleicht eine Kundgebung der ersteren in dieser Richtung erfolgen könne. Sind die Aussichten und die Position des Centrums schlecht, so sind die der Deutsch-Freisinnigen noch viel schlechter, und war Herr Windthorst matt, so war Herr Richter heute noch viel matter. Auch ihm erwiderte der Reichskanzler noch einmal mit einer bitteren Kritik an der Fortschrittspartei, die Alles bekämpft habe, was Deutschland groß, reich und einig gemacht habe. Frisch und schlagend wandte sich schließlich auch der Abg. v. Eynern gegen die Reichstagsmehrheit.

Die „Südd. Pr." erhält unter der Devise „Hie Welf! Hie Wittelsbach!" folgende bemerkenswerthe Zuschrift: „Bekanntlich hat der Prinzregent vor wenigen Wochen gelegentlich seines Besuches am kaiserlichen Hofe zu Berlin den bayerischen Mitgliedern des Reichstages ernsthaft ins Gewissen geredet und ihnen eindringlichst empfohlen, auf die Sicherheit des Vaterlandes Bedacht zu nehmen und demgemäß der Militärvorlage rasch und vollinhaltlich zuzustimmen. Daß die Herren Grillenberger (Nürnberg), Groß (Kaiserslautern), Kröber (Ansbach), Papellier (Hof) und Stauffenberg (Fürth) dieser Mahnung das Ohr verschließen werden, habe ich vorausgesehen; daß aber alle bayerischen Mitglieder des Centrums die militärische Autorität eines Windthorst höher schätzen, als die unseres kriegserfahrenen Regenten, hat mich überrascht, denn jene Herren wollen doch nebenbei auch als „bayerisch-patriotisch" gelten! Ich bin viel länger schon als z. B. Herr Biehl „bayerisch-patriotisch" und „bayerisch-katholisch" und kann trotzdem nicht herausfinden, inwiefern es unkatholisch wäre, die Vertheidigungsfähigkeit des Vaterlandes auf 7 Jahre sicher zu stellen, oder daß es „bayerisch-patriotisch" sei, dem Welfen mehr zu gehorchen als dem Wittelsbacher. Ich weiß, daß der Dynast von Ulstadt grollt, weil ihm des Königreiches Bayern Mitregentschaft vorenthalten blieb. Will er nun die Rolle des welfischen Statthalters in Bayern spielen? Er mag es thun! Wer wahrhaft „bayerisch-patriotisch" ist, wird erkennen, wohin er sich zu stellen hat, nachdem jetzt die Parole lautet: „Hie Welf! Hie Wittelsbach!" Ich stehe zum deutschen Wittelsbacher und sehe die Beschützung des Vaterlandes nicht als einen Abfall vom katholischen Glauben an; der Welfe kümmert sich wenig um den katholischen Glauben und garnicht um Deutschlands Sicherheit, war auch niemals ein Freund der Wittelsbacher. Unter dem Rufe: „Hie Wittelsbach! sammelt Euch! Das ziemt sich für „Bayrisch-Katholische" und für „Bayrisch-Patriotische"! Ein alter bayerisch-katholischer Patriot."

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 24. Jan. Am Ministertische Fürst Bismarck mit allen Ministern, Herrn von Bötticher ausgenommen. Die Tribünen füllen sich rasch, als die Anwesenheit des Fürsten im Hause bekannt wird.

Zur Berathung steht eine Reihe von Kapiteln verschiedener Etats, welche der Budgetkommission nicht überwiesen sind. Die ersteren derselben werden ohne Debatte bewilligt. Bei den dauernden Ausgaben des Auswärtigen Amts zum Kapitel „Gesandtschaften" weist Abg. Graf Limburg-Styrum (kons.) darauf hin, wie nützlich sich diese Ausgaben für Gesandtschaften erwiesen haben, die man früher als einen Rest vom alten Partikularismus angesehen habe. Die Gesandten hätten darauf hingewirkt, daß bei den deutschen Fürsten in ihrer Mehrheit ein Interesse für die Pflege des Reichsgedankens vorhanden sei, während der Reichstag das Vertrauen des deutschen Volks verscherzt habe durch die Versagung der Steuervorlagen und die Ablehnung der Erhöhung der Präsenzstärke.

Fürst Bismarck: Ich will die Gelegenheit benutzen, um dem Hause einige Mittheilungen über die Politik zu machen, welche ich im Auftrage Sr. Majestät des Kaisers im Reiche verfolge. Die Fürsten haben bei der Gründung des deutschen Reiches dem Kaiser Rechte abgetreten; der deutsche Kaiser hat nicht das Recht, diese ihm übertragenen Befugnisse abzugeben an eine wechselnde Reichstagsmehrheit, am allerwenigsten, wenn ihm der Reichstag so wenig Vertrauen entgegenbringt, wie das geschehen ist. Es sind das die Rechte der Fürsten, für die Vertheidigung des Reiches zu sorgen. Diese Rechte sind dem Kaiser anvertraut, aber nicht dem Reichstage oder den Parteiführern, welche mit einem strengeren Absolutismus herrschen, als er jemals im deutschen Vaterlande vorhanden war. Dieser Rechte sich zu entäußern hat Se. Majestät weder die Absicht, noch das Recht. Was ich ausspreche, dient zur Beleuchtung der Frage, ob die preußische Politik, wie sie im Bundesrath vertreten wird, eine Abhängigkeit gegenüber dem Reichstage bewiesen hat. Die Presse hat vielfach behauptet, daß der

---

20

In harter Schule.

Roman von Gustav Imme.

(Fortsetzung.)

„Du bist ein kluges, verständiges Töchterchen, ganz das Ebenbild Deiner verstorbenen Mutter," sagte Baron v. Reina hocherfreut.

„Vermähle Dich wieder, Papa," fuhr sie, ohne diese Einschaltung zu beachten, fort, „gieb diesem Hause eine neue Herrin, Dir eine neue Lebensgefährtin, aber wähle sie aus einem Dir ebenbürtigen Kreise. Reiche Deine Hand einer Dame unseres Adels, einer Dame von makellosem Rufe, nur keiner hergelaufenen Abenteuerin!"

„Was unterstehst Du Dich!" rief jetzt der Baron aufspringend.

„Ich bitte, ich beschwöre Dich, Papa, höre mich an," flehte sie.

„Gut, ich will Dich anhören," sagte er, sich zur Ruhe zwingend, „damit wir mit dieser Angelegenheit einmal zu Ende kommen. Sprichst Du wirklich von Mademoiselle de Barras in jenen unerhörten Ausdrücken?"

„Ja, das thue ich, Papa, und ich thue es mit gutem Grunde."

„Auf diesen Grund bin ich neugierig."

„Kennst Du etwas von ihrer Vergangenheit?"

„Gewiß. Sie ist die Tochter eines guten französischen Hauses, hat die Eltern früh verloren, ist im Kloster erzogen, lebt bei den alten Verwandten, die sie anbeten, ihr zu Liebe Reisen gemacht haben und ihr zu Liebe diesen Winter, den sie viel lieber auf ihrem sonnigen Gute in der Provence verlebten, in Berlin zubringen."

„Hast Du Beweise dafür, Papa?"

„Glaubst Du, ich werde wie ein Polizist den Leuten ihre Legitimationspapiere abfordern?" fragte er scharf. „Weißt Du es etwa besser?"

„Das weiß ich, Papa," sagte sie leise, „und es wird mir schwer genug, mit Dir darüber zu sprechen, aber es muß doch sein."

Mit tonloser, stockender Stimme erzählte sie ihm möglichst kurz die von Ulrich gehörte Geschichte. Er unterbrach sie ab und zu durch ein kurzes Lachen oder durch einen Zornesruf, ließ sie aber doch zu Ende kommen.

„Wer hat Dir denn diese Ammenmärchen aufgebunden?" rief er, als sie fertig war. „Man sollte wirklich meinen, Dir sei ein französischer Sensationsroman von Gaboriau oder Ponson du Terrail in die Hände gefallen und Du läsest mir ein Kapitel daraus vor. Hättest Du nur eine Spur von Menschenkenntniß, so hätte ein Blick auf Mademoiselle de Barras Dich doch überzeugen müssen, daß diese ganze Geschichte an innerer Unwahrscheinlichkeit und Unmöglichkeit leidet."

„Aber Papa —"

Er ließ sie nicht zu Worte kommen. „Du erzählst mir da eine Reihe von Abenteuern, die mindestens einen Zeitraum von zehn Jahren umfassen, und Hortense ist 20 Jahre alt."

„Hast Du ihren Taufschein gesehen, Papa?" fragte Leontine, die jetzt doch auch etwas von ihrer Ruhe verlor.

„Dessen bedarf es nicht, da kann ich mich auf meine Augen verlassen. Was hast Du übrigens für Beweise für Deine Erzählung? Von wem hast Du sie?"

„Aus glaubwürdiger Quelle," antwortete Leontine.

„Nenne sie — doch halt, dessen bedarf es nicht, ich will sie Dir nennen. Graf Falkenburg war soeben bei Dir, ich sah ihn fortgehen. Das erklärt Alles."

Leontine schwieg.

„Jetzt verstehe ich Alles," lachte der Baron höhnisch. „Das ist die Rache des edlen Grafen, daß seine schändlichen Anschläge an Hortense's Reinheit und der Ehrenhaftigkeit ihrer Verwandten gescheitert sind. Ich würde ihn fordern, wäre es mir nicht zu erbärmlich, der Welt eingestehen zu müssen, daß er sich der Tochter als Werkzeug gegen den Vater und dessen Verlobte bedienen gewollt."

„Du nennst sie Deine Verlobte, beharrst darauf, sie zu heirathen!" stöhnte Leontine.

„Jetzt mehr als je. Sie bedarf eines Beschützers. Die Tante hat mich wiederholt auf die Verfolgungen des Grafen aufmerksam gemacht, daß er so weit gehen würde, hätte ich nicht geglaubt. Du wirst viel zu thun haben, bei Deiner Mutter das ihr zugefügte Unrecht wieder gut zu machen."

„Meine Mutter ruht im Grabe," versetzte Leontine feierlich, „ihr habe ich wissentlich und absichtlich nie ein Unrecht zugefügt; mit jener Person habe ich aber keine Gemeinschaft."

„Du wirst in ihr die Herrin dieses Hauses und meine Gemahlin zu ehren haben."

„Ich werde aber nicht mehr unter einem Dache mit ihr bleiben, die Schwelle, welche sie entweiht hat, fliehe ich!" rief Leontine leidenschaftlich.

Der Baron lachte spöttisch.

„Willst Du nicht vielleicht zur Bühne gehen? Dein Pathos wäre für eine Tragödin geeignet."

„Ist das der Weg, auf den Du die verstoßene Tochter weisest?" fragte Leontine bitter.

„Jetzt habe ich die Phrasen satt," fuhr der Baron auf. „Ich verstoße Dich ja nicht und Du wirst Dich wohl zweimal besinnen, ehe Du mein Haus verläßt. Solltest Du aber wirklich eine solche romantische Grille zur Ausführung bringen wollen, so werde ich Dir bald genug klar machen, welche Macht das Gesetz dem Vater über die minderjährige Tochter giebt; endigen wir diese unerquickliche Scene, Du kennst nun meinen Willen und je eher Du Dich ihm unterwirfst, desto besser wird es für Dich sein."

Er machte eine entlassende Bewegung und wandte ihr den Rücken. Wie gebrochen wankte Leontine hinaus.

„Nun soll ich nicht mehr unterscheiden können, ob eine Frau zwanzig oder dreißig Jahre alt ist," lachte der Baron ingrimmig, „das ist doch wirklich ein starkes Stück. Nein, mein Herr Graf, mit derartigen Spiegelfechtereien darf man mir denn doch nicht kommen. Ich will zu Hortense, die ärgerliche Scene mit Leontine hat mich doch echauffirt, bei ihrem Geplauder werde ich sie am besten vergessen. Das Kind und solche Vergangenheit! Lächerlich!" (Forts. folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

Unterschied sich nur auf die Frage drei oder sieben Jahre beschränke. Das hätte nur dann einen Sinn, wenn der Reichstag das Recht hätte, alljährlich im Budget die Militärfrage zu erörtern. Es war vor 12 Jahren, 1874, als zum ersten Male die Präsenzziffer behandelt wurde, den verbündeten Regierungen in keinem Augenblick zweifelhaft, daß die Verfassung die Präsenzziffer im Wege der gewöhnlichen Gesetzgebung feststellen sollte, sonst würde man gesagt haben: durch Etatsgesetz oder etwas Aehnliches. Lediglich um den Wünschen der damaligen Mehrheit des Reichstages nachzugeben, haben sich die verbündeten Regierungen zu einer periodischen Bewilligung auf sieben Jahre verständigt; damit haben sie einen Kompromiß zu schaffen beabsichtigt, der demnächst uns einen Anhaltspunkt giebt, wenn Verhältnisse eintreten, welche die Grundlage des Reiches erschüttern. Diese Konzession sollte aber nicht der Ausgangspunkt für neue Konzessionen sein, um so weniger, als sich durch zweimalige Wiederholung ein Usus herausgebildet hatte; darin beruht der Unterschied zwischen Septennat und Triennat. Es handelt sich darum, soll unsere Verfassung flüssig sein, oder soll sie im Wege des Budgetrechts verändert werden können? Dem Budgetrecht des Reichstags steht das gleiche Budgetrecht des Bundesraths gegenüber. Die Regierungen scheuen den Weg, welcher zum Konflikt führt, sie wollen ihn nicht mitgehen. Das ist schon ein hinreichender Unterschied zwischen Septennat und Triennat. (Sehr wahr! rechts.) Wer die Zeit der Gefahr ausnützen will zum Streit zwischen Fürsten und Volksvertretung, der ist kein wohlwollender Freund des Vaterlandes. Ein solches Bestreben ist ebenso kleinlich, als der Streit um die Rangverhältnisse auf dem Regensburger Reichstage zur Zeit, als die Franzosen Straßburg wegnahmen. Man will uns im Reichstage nur im Augenblick der Noth nach Art der Wucherer etwas abzwingen, was wir freiwillig nicht geben. Es giebt aber noch einen Unterschied nach außen hin zwischen Septennat und Triennat. Die Vorlage ist nicht nur dadurch bestimmt, heute unsere Wehrkraft zu erhöhen, sondern wir haben für das ganze nächste Menschenalter den Wunsch, gegenüber den uns drohenden Gefahren die Wehrkraft zu erhöhen. Nach Ablauf der zwölf Jahre ergiebt die Steigerung um 41 000 Mann eine Vermehrung der Wehrkraft um 200 000 Mann. Das ist ein Moment zur Erhaltung des Friedens, weil es einen Eindruck auf das Ausland macht, daß wir um so viel stärker sind. Ich will auf diese im Reichstag erörterte Frage nicht weiter eingehen. Es macht einen wesentlichen Unterschied, ob wir nur eine Verstärkung um 48 000 Mann, d. h. eine dreijährige Mehraushebung von 16 000 Mann, in Aussicht nehmen, oder ob wir das auf sieben Jahre thun. Es ist angedeutet worden, als könnten wir durch die Auflösung des Reichstages andere Absichten, als die Verstärkung des Heeres, erreichen wollen. Man rechnet dabei auf die Wähler, auf die urtheilslosen Wähler, und behauptet, daß ein Reichstag geschaffen werden soll, der Monopole bewilligt. Ich kenne das Maß von Urtheilslosigkeit der fortschrittlichen Wähler nicht, aber von den Wählern anderer Parteien nehme ich an, daß sie unterscheiden können, ob ein Abgeordneter neben der Militärvorlage auch noch Monopole bewilligen will. Das Wort Reaktion, welches sich immer einstellt, wo Begriffe fehlen, ist ja auch in Blättern zu lesen gewesen, welche unter den Namen von Reichstagsabgeordneten erschienen. Das ist eine Verleumdung der Regierung. (Bravo! rechts.) Die Monopolfrage wird aufgeworfen werden, wenn wir einen unglücklichen Krieg geführt haben, wenn wir zu jedem Mittel unsere Zuflucht nehmen müssen, dann werden aber nicht bloß Monopole, sondern auch viel härtere Steuern vorgeschlagen werden müssen. Wenn wir militärisch schwach sind, werden wir als geschlagen die Monopole uns auferlegen müssen, um die feindlichen Contributionen zu bezahlen. Ich habe gesagt, daß der Kaiser zu der jetzigen Reichstagsmajorität nicht das Vertrauen hat, um ihre Rechte zu erweitern. Ich glaube, daß dieses Mißtrauen gegen die Reichstagsmajorität bei dem Kaiser völlig berechtigt ist, wenn man bedenkt, daß intransigente Gegner des Reichs durchaus unentbehrlich sind, um diese Majorität herzustellen. Es sind 70 Intransigenten im Reichstage, Social-Demokraten, Polen, Elsässer, Welfen und Volksparteiler, diese 70 aber sind das entscheidende Element der Majorität. Centrum und Deutsch-Freisinnige sind zusammen 153, dem die National-Liberalen und Conservativen mit ebenfalls 150 Stimmen gegenüberstehen. Die 70 Intransigenten entscheiden dann. Wie kann der Kaiser in solche Hände die Entscheidung über unsere Wehrkraft legen! Herr Windthorst ist in der Lage, sich jedem Schritte der Fortschrittler und der anderen Elemente anzubequemen, so daß er der Führer einer Mehrheit ist. Herodes und Pilatus, welche sich gegenseitig auch nicht liebten, fanden sich doch für einen Zweck zusammen; ich will das Beispiel nicht weiter ausführen, ich habe nur klarstellen wollen, daß die Verfassungstreue das einzige Motiv ist, welches die Regierung bei ihrem Vorgehen leitet. (Lebhafter Beifall rechts, Zischen links.) (Schluß folgt.)

* Die Landesversammlung der nationalliberalen Partei,

welche am Sonntag den 23. Januar in Hannover von Parteivertretern aus allen Theilen der Provinz stärker als je in früheren Jahren besucht war, gestaltete sich zu einer so bedeutenden politischen Kundgebung, daß in allen Kreisen Deutschlands, in denen nicht Parteifanatismus das Interesse für die Sicherheit und die Machtstellung des deutschen Reiches, die Liebe zu dem durch deutschen Heroismus und Ströme von Blut glücklich geeinten Vaterland, ganz in den Hintergrund gedrängt hat, freudig Akt davon genommen werden wird.

Eine politisch bewegte Zeit hat diesen Parteitag hervorgerufen; sie hat veranlaßt, daß der hervorragendste Kämpfer im Streit der Parteien aufs neue die einige Jahre bei Seite gelegte Fahne ergriff, um an der Spitze aller Patrioten und Vaterlandsfreunde sich gegen diejenigen zu wenden, welche in befangenen Anschauungen die Gefahren nicht sehen oder sie nicht achten, die dem Reich unter so beispiellos glorreicher Führung von außen durch einen wachsamen und lauernden Feind, von innen durch Zwist und Parteihader drohen. Der Wiedereintritt v. Bennigsens in die politische Bewegung unserer Tage bedeutet für sich schon ein Ereigniß, das auf die Gegner lähmend einwirken muß. Er ist wieder da, der alte Parlamentarier, dessen Treue und Liebe zu allem, was den Patrioten lieb und werth ist, über allen Zweifel erhaben dasteht, der so ausgleichend und versöhnend zu wirken versteht, daß unbedingte Erfolge sich an seine Thätigkeit in den Parlamenten geknüpft haben und in Zukunft wieder knüpfen werden.

Ueber den Gang der Verhandlungen des Parteitages in Hannover können wir uns kurz fassen. Der großen Versammlung im Saal des „Königs von Hannover" ging eine Sitzung des Provinzial-Wahlkomitees voraus. Alle Wahlkreise waren durch eine Anzahl von Deputirten vertreten, um Bericht über die Stimmung und die Aufstellung der Kandidaten zu erstatten. Den Welfen hofft man diesmal einige Wahlkreise wieder abzunehmen. Nach der Sitzung begab sich das Komitee unter Führung des Herrn v. Bennigsen in den Versammlungssaal. Als dieser die Tribüne betrat, erscholl jubelnder, minutenlang anhaltender Beifall, in dem die hohe freudige Erregung ihren Ausdruck fand.

Mit größter Spannung folgte die Versammlung der ausgezeichneten, maßvollen Rede des Herrn v. Bennigsen, die wir ihrer Bedeutung wegen in einer Beilage zu dieser Nummer vollständig bringen und der besonderen Beachtung unserer Leser, namentlich der Reichstagswähler, ohne Unterschied der Parteistellung, empfehlen.

Nach Schluß der oft von lautem Beifall und Zustimmungsbezeugungen unterbrochenen Rede des Herrn v. Bennigsen forderte der Senator Herr Römer (Hildesheim) die Versammlung zu einem dreifachen Hoch auf Herrn v. Bennigsen auf, die Versammlung ließ es sich aber nicht nehmen, Herrn von Bennigsen noch öfter zu feiern. Nachdem dieser in bewegten Worten gedankt hatte, berichtete Oberlehrer Ehrlenholtz über die aufzustellenden Kandidaten.

In dem 1. ostfriesischen Wahlkreise wird der bisherige nationalliberale Abgeordnete v. Hülst wieder aufgestellt und ohne Zweifel durchgebracht werden, und ist auch im 2. ostfriesischen Wahlkreise die Wiederwahl des Dr. med. Kruse-Norderney als gesichert zu betrachten.

Aus dem jetzt durch Dr. Windthorst vertretenen Kreise Meppen liegt die Nachricht vor, daß von den nicht katholischen Wählern des Bezirks der General-Feldmarschall Graf Moltke als Kandidat aufgestellt werden soll. Eine Nachricht, welche den lautesten Beifall der Versammlung fand.

Im 4. Wahlkreise Osnabrück wird in einer baldigst anzuberaumenden Versammlung ein Gegenkandidat gegen den welfischen Abgeordneten v. Scheele aufgestellt werden.

Der 5. durch den Archivar Dr. Sattler vertretene Wahlkreis wird denselben ohne Zweifel wieder wählen.

Im 6. Bezirk Hoya-Verden beabsichtigt man gegen den Welfen v. Arnswaldt den Hofbesitzer Heise-Wulzen aufzustellen und soll auch Aussicht vorhanden sein, denselben durchzubringen.

Der 7. Bezirk Nienburg-Wunstorf wird gegen den welfischen Abgeordneten v. Langwerth wiederum den Richter Stadtlaender-Bremen aufstellen.

Für den 8. Wahlkreis Hannover-Linden wird gegen den Sozialdemokraten Meister der Senator Dr. Knövenagel kandidiren und werden, soweit bekannt geworden, auch die Konservativen für denselben stimmen.

Für den 9. Wahlkreis Linden-Münden-Hameln, welcher jetzt durch v. Wangenheim (Welfe) vertreten wird, hat bislang die Aufstellung eines Gegenkandidaten noch nicht stattgefunden.

Der 10. Kreis Hildesheim wird seinen bisherigen Vertreter, Oberbürgermeister Struckmann, wieder aufstellen.

Im 11. Wahlkreise Einbeck-Northeim wird gegen von Oldershausen der Oberamtmann Jahns-Wiebrechtshausen aufgestellt werden und ist Aussicht vorhanden, denselben mit Hilfe der Freikonservativen durchzubringen.

Der jetzt durch den Welfen Götz v. Olenhusen vertretene 12. Kreis Göttingen-Münden beabsichtigt, Professor Dr. Esser-Göttingen aufzustellen.

Im 13. (Harz) durch v. Alten vertretenen Kreise hofft man, im Wege einer Verständigung mit den Freikonservativen einen nationalen Kandidaten durchzubringen.

Für den 14. Wahlkreis Celle-Gifhorn-Peine, jetzt durch den welfischen Abgeordneten v. d. Decken vertreten, wird die Aufstellung eines Kandidaten erst stattfinden; hoffentlich wird der Wahlkreis wiedergewonnen werden.

Im 15. Wahlkreise Uelzen, vertreten durch den Grafen Bernstorff, beabsichtigt man den Fabrikanten E. Wentz aufzustellen.

Der 16. Kreis Lüneburg wird in den nächsten Tagen über den aufzustellenden Kandidaten Beschluß fassen.

Im 17. Kreise Harburg hofft man an Stelle des welfischen Abgeordneten von Estorff den Senator Hastedt durchzubringen.

Der 18. Wahlkreis Stade wird den Landesdirektor von Bennigsen aufstellen, nachdem Senator Cornelsen auf eine Wiederwahl verzichtet hat.

Im 19. Kreise Otterndorf hat der Stadtdirektor Gebhardt-Bremerhaven eine Aussicht auf Wiederwahl.

Die Aussichten wurden überall als besonders günstig bezeichnet.

Mit einem Hoch auf den Kaiser schloß sodann Herr v. Bennigsen die Versammlung. Nachmittags fand ein Essen der Parteigenossen in Kastens Hotel unter besonders zahlreicher Betheiligung statt.

Marine.

§ **Wilhelmshaven**, 25. Januar. Die jetzt an Bord S. M. Kreuzerkorvette „Luise" befindliche Besatzung (abgelöste Besatzungen von S. M. Kreuzer „Habicht" und Kanonenboot „Cyclop") wird nach der Inspicirung des Schiffes voraussichtlich am 28. d. M. ausgeschifft und soll dafür eine neue Ueberführungsbesatzung aus Kiel hier eintreffen. Die „Luise" soll sodann binnen Kurzem — im Falle die Witterungsverhältnisse es gestatten — unter dem weiteren Kommando des jetzigen Kommandanten, Korvettenkapitän Junge, nach Kiel übergeführt werden, um im Frühjahr d. J. als Schiffsjungen-Schulschiff Verwendung zu finden. Für die Ueberführung ꝛc. sind an Bord genannter Korvette kommandirt: Kapitänlieutenant Gertz als 1. Offizier, Lieutenant zur See Poock, Bauer, die Unterlieutenants zur See Borgnis und v. Bentheim. — S. M. Kreuzerkorvette „Alexandrine" ist heute Vormittag 9 Uhr an der hiesigen kaiserlichen Werft außer Dienst gestellt. — Der Korvettenkapitän à la suite des Seeoffizierkorps Darmer ist vom Urlaub zurückgekehrt und hat die Geschäfte als Vermessungsdirigent der Marinestation der Nordsee wieder übernommen. — Der Kommandant S. M. Kreuzerkorvette „Alexandrine", Korvettenkapitän Foß, hat sich nach Außerdienststellung genannter Korvette mit Urlaub bis zum 12. März d. J. nach Berlin und Stettin begeben.

Briefsendungen ꝛc. für S. M. Kreuzerkorvette „Luise" sind bis auf Weiteres nach Wilhelmshaven zu dirigiren.

— Ueber die Ursachen der letzten Strafexpedition des deutschen Kreuzers „Adler" nach Neu-Irland (Neu-Mecklenburg) giebt ein in München angekommener Privatbrief, von dem die dortigen „Neuesten Nachrichten" Kenntniß erlangten, einigen Aufschluß. Danach ist auf Neu-Irland im September vergangenen Jahres ein junger Münchener, Namens Hermann, einziger Sohn einer Beamtenwittwe in München, von den Eingeborenen erschlagen worden. Derselbe, ein Angestellter des Hauses Hernsheim u. Co. in Hamburg, befand sich seit kurzer Zeit auf der Insel Neu-Mecklenburg auf der Station Kapsu. Als Händler genannten Hauses, dessen Hauptsüdseestation in Matupi auf der Gazellehalbinsel (Neupommern) liegt, sollte H. auf diesem vorgeschobensten Posten festen Fuß fassen und ein regelmäßiges Tauschgeschäft mit den Insulanern einleiten. Ein von H. zur Bedienung mitgenommener Junge der Salomonsinseln machte den Verräther. Offenbar im Einverständniß mit den in der Nähe lauernden Eingeborenen versetzte er seinem Herrn unversehens einen Beilhieb und lief davon. H. vermochte noch, sich in seine nahe Hütte zu flüchten, wurde aber sofort von den aus ihrem Hinterhalte hervorbrechenden Wilden umzingelt. Die von ihm, obgleich ganz allein, doch muthig aufgenommene Vertheidigung erwies sich bald als vergeblich, nachdem es den Wilden gelungen war, die Hütte in Brand zu stecken. Rauch und Flammen trieben H. ins Freie, wo er seinen Feinden rasch erlag.

Lokales.

* **Wilhelmshaven**, 25. Jan. Die Besatzung S. M. Kreuzerkorvette „Alexandrine" ist heute mit dem um 6 Uhr 30 Min. Morgens hier abgehenden Zuge unter dem Kommando des Lieut. z. S. Boerner nach Kiel in Marsch gesetzt worden.

* **Wilhelmshaven**, 25 Jan. Bis zum 31. Jan. liegen in der Magistratsregistratur hierselbst die Wählerlisten zum Reichstag zur Einsicht für die Betheiligten aus. Bis dahin können Nachtragungen resp. Berichtigungen auf Antrag erfolgen. Spätere Reklamationen werden nicht mehr berücksichtigt. Die rechtzeitige Einsichtnahme in die Liste ist darum anzuempfehlen. — In der in 2 Wahlbezirke getheilten Gemeinde Bant liegt die Liste für den 1. Wahlbezirk beim Restaurateur Hrn. C. Schulz, für den 2. Wahlbezirk im Lokal der Wwe. Winter aus. — In der Gemeinde Heppens liegt die Wählerliste beim Gastwirth Hrn. Oeltermann, in der Gemeinde Neuende beim Gastwirth Hrn. Euken aus.

* **Wilhelmshaven**, 25. Januar. Nach allen Anzeichen wird mit Beginn des Frühjahres in unserer Stadt die Bauthätigkeit wieder recht rege werden. Anläßlich dieses Umstandes möchten wir die Baulustigen in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam machen, der Baupolizeibehörde die betr. Anzeigen mit den Bauplänen recht frühzeitig zur Prüfung und Genehmigung einzureichen und nicht erst den Beginn der Bauzeit abzuwarten, wo erfahrungsmäßig den betr. Beamten stets eine so große Zahl von Plänen zugehen, daß ihre Bewältigung in der von den Baulustigen erwünschten kurzen Frist nicht möglich ist. Wird nun bei einzelnen Plänen die Konzessionsertheilung gar noch an die Bedingung von Abänderung einzelner Theile der Pläne geknüpft, so können für den betr. Baulustigen bei später gestellten Gesuchen viele Wochen der besten Bauzeit verloren gehen.

Wilhelmshaven. Das ausgezeichnete Licht, welches die „Wenham-Lampe" erzeugt, hat dem bekannten Breslauer Professor Hermann Cohn Veranlassung gegeben, Versuche mit dieser Gaslampe anzustellen behufs Einführung in Schulen und überhaupt dort, wo die Erleuchtung von Schreibtischen und dergl. in Betracht kommt. Der Gelehrte spricht sich über das Licht der Wenham-Lampe sehr anerkennend aus, und in der That hat die vieler Orts probeweise erfolgte Anwendung desselben in Schulen, in den Hörsälen der Universitäten, sowie die bereits recht allgemein gewordene Benutzung in amtlichen Büreaus den Beweis erbracht, daß mit diesem bislang unübertroffenen Gaslichte ein vorzügliches Mittel zur Schonung der Augen gefunden ist. Die solide Konstruktion der Wenham-Lampe aus Stahl und Eisen, die selbst bei wenig vorsichtiger Behandlung Beschädigungen beinahe völlig ausschließt, hat neuerdings die letzte Vervollständigung dadurch gefunden, daß man die Glasglocke mit einem wenig sichtbaren Draht-Schutznetze umgiebt und zwar in denjenigen Fällen, wo infolge plötzlicher Einwirkung eisigen Luftzuges ein Zerspringen und Herabfallen des Glases innerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegt. Ein so lebhafter Absatz, wie ihn diese Lampe auf Grund ihrer zu Tage liegenden Vorzüge nothwendig erfahren mußte, brachte eine Reihe von Bestrebungen seitens anderer Fabrikanten zu Wege, die nicht gerade zu den Lobenswerthen gehören und die Gefahr einer Täuschung oft recht nahe legen. Man begnügte sich nicht damit, auf Erfindung gleichwerthiger Konstruktionen zu sinnen, sondern suchte den Ruf des Wenham-Lichtes unmittelbar für die eigene, minderwerthige Lampe auszubeuten, indem man dieser die äußere Form der Wenham-Lampe gab und sie nun geradezu als solche oder etwa als eine Verbesserung derselben, zum Theil unter höchst prunkvollen Bezeichnungen und Uebertreibung der Gasersparniß anpries. Läßt dieser Mißbrauch den Schärferblickenden verdächtig erscheinen, so ist doch anzunehmen, daß gleich jeder Konsument in ausreichendem Maße zu unterscheiden wissen wird. Der bloße Anglick des vielleicht ebenfalls weißen und guten Lichtes genügt nicht; es muß in erster Linie das Verhältniß der Leuchtkraft zum Gasverbrauch festgestellt werden, und hier ist Jedem zu rathen, sich auf fachgemäßem Wege Gewißheit darüber zu verschaffen, ob der geringe Gasverbrauch der Wenham-Lampe nebst den aus ihm entspringenden Vortheilen geringerer Lufterhitzung und Luftverderbniß nicht von dem der Konkurrenz-Lampe, entgegen allen Versicherungen der Verkäufer, wesentlich überschritten wird. Nicht die einmalige Ausgabe des Anschaffungspreises, sondern die fortlaufende des Gasverbrauches ist das Entscheidende, und wenn das elektrische Licht einen ebenbürtigen Nebenbuhler in irgend einer Gaslampe erhalten soll, so ist die äußere Ausnutzung des Gases, die möglichste Verringerung des Gasverbrauches also, die erste Vorbedingung eines solchen Anspruches.

Aus der Umgegend und der Provinz.

V. **Oldenburg**, 24. Jan. Die heute Abend im Saale des „grauen Roß" stattgefundene Wählerversammlung hatte sich eines außerordentlichen Besuches zu erfreuen. Hr. Bankdirektor Thorade eröffnete die Versammlung, welche wir auf

Landesbibliothek Oldenburg

ca. 1500 Personen schätzten, mit etwa folgenden Worten: Die Parteileitung des deutsch-freisinnigen Wahlvereins habe beschlossen, während der bevorstehenden Wahlperiode nicht allgemeine Wählerversammlungen, sondern Parteiversammlungen abzuhalten und nur in Bezug auf die heutige Versammlung eine Ausnahme zu machen, um den Wählern anderer Parteien und denjenigen Wählern, welche sich noch keiner Partei hätten anschließen können (mit letzteren sind jedenfalls die politischen Rekruten gemeint), Gelegenheit zu geben, sich von dem Standpunkte, den der bisherige Abgeordnete Hr. Propping den schwebenden Fragen gegenüber einnimmt, persönlich zu überzeugen. Ferner bemerkte Hr. Thorade, es sollten heute keine allgemeinen Anträge zur Abstimmung gebracht werden, sondern sei nur gestattet, spezielle Fragen an Hrn. Propping zu richten. Damit war also etwaigen Gegenrednern von vornherein das Wort abgeschnitten, was wir im Hinblick auf die Einladung zu dieser allgemeinen Wählerversammlung, welche an alle Wähler erging, nicht für korrekt halten. Hr. Propping, welchem nun das Wort ertheilt wurde, entfaltete übrigens ein ausgezeichnetes Rednertalent und konnte man nicht umhin, seine im Anfange der $1^1/_2$stündigen Rede abgegebene Erklärung: „Ich bin nicht äußerem Zwange, sondern meiner inneren Ueberzeugung bei meinen Bedenken gegen die Regierungsvorlage gefolgt", als aufrichtig und aus dem Herzen kommend zu empfinden; nur wollte es uns nicht gefallen, daß Redner sich zu lange über frühere Gesetzesvorlagen und den jeweiligen Standpunkt der deutsch-freisinnigen Partei verbreitete, und konnten wir uns des Gefühls nicht erwehren, als sei der Zweck dieses größten Theiles der Rede, die deutsch-freisinnige Partei gegenüber sämmtlichen anderen Parteien ins glänzendste Licht zu stellen. Hierbei auf die Kolonialpolitik eingehend, bemerkte Redner, daß die Anhänger der Kolonialpolitik damals gegenüber den Bedenken der Deutsch-Freisinnigen in Hinsicht auf eine vielleicht nothwendig werdende Zersplitterung der deutschen Wehrkraft voller Begeisterung gerufen hätten, „einer Welt in Waffen seien wir gewachsen". Diese Herren fänden aber jetzt die Präsenzstärke des deutschen Heeres für unzulänglich ꝛc. Es ist uns nicht möglich, die lange, wohldurchdachte Rede des Hrn. Propping in ihrem ganzen Zusammenhange hier wiederzugeben und würde es auch zu weit führen, auf die vom Hrn. Redner gebrachten längeren Erörterungen über die steuer- und wirthschaftspolitischen Gesetzesvorlagen speziell einzugehen, zumal die Stellung der verschiedenen Parteien diesen Vorlagen gegenüber ziemlich allgemein bekannt ist. Nur einige Hauptbemerkungen des Redners bezüglich der Militärvorlage dürfen auch hier nicht fehlen. Dieselben waren ungefähr folgende: „Die Erklärungen des Fürsten Bismarck, daß unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland über allen Zweifel erhaben seien, berechtigten zu der Ansicht, daß die Militärvorlage mit einer augenblicklichen Kriegsgefahr nichts zu thun habe, die Besorgniß vor dem Ausbruch eines Krieges mit den revanchelustigen Franzosen sei nicht neu, sondern existire seit 1871. In Erwägung jedoch, daß Frankreich fortwährend rüste und, wie der Reichskanzler erklärt habe, Frankreich uns angreifen würde, sobald es sich uns überlegen glaube, wir also auf der Hut sein müßten, habe die deutsch-freisinnige Fraktion trotz der jetzt schon so großen Lasten den Beschluß gefaßt, für die Militärvorlage in ihrem ganzen Umfange zu stimmen, allerdings — nur auf 3 Jahre." — Wir haben hieraus verstanden, daß die letzteren Aeußerungen des Reichskanzlers, dieses größten und weitsehensten Staatsmannes, der deutsch-freisinnigen Partei das Bedenkliche ihrer Opposition gegen die Vorlage vor Augen geführt haben, und verstehen daher nicht, daß diese Partei trotz der nachdem vom Feldmarschall Moltke, dieser größten Autorität auf militärischem Gebiete, in so nachdrücklicher Weise betonten absoluten Nothwendigkeit des Septenats in ihrer Verweigerung desselben beharren konnte. Die Militärvorlage habe, so äußerte sich Hr. Propping, ihre Bedeutung in Bezug auf die Wehrkraft des Vaterlandes verloren, sie sei zu einer konstitutionellen Streitfrage geworden, die Auflösung des Reichstages lege die Vermuthung nahe, daß es der Regierung um andere Pläne zu thun sei. Der Reichstag würde nicht, wie vielfach angenommen würde, nur bis zum Herbst, sondern auf 3 Jahre gewählt, und hoffe vielleicht die Regierung, eine ihren Monopolplänen günstige Majorität zu erhalten. — Auf eine Anfrage des Hrn. Rechtsanwalt Niebour, ob das Gerücht, Hr. Propping wolle auf eine Wiederwahl verzichten, wahr sei, antwortete Hr. Propping: „Ich halte es für meine Ehrenpflicht, unter den gegenwärtigen Verhältnissen mich meinen Wählern wieder zur Verfügung zu stellen." (Stürmischer anhaltender Applaus!) Hr. Thorade ermahnte sodann seine Parteigenossen, mit Ernst und Eifer in den Wahlkampf zu gehen, und schloß die Versammlung mit dem Ruf: „Hier und allerwegen treu zu Kaiser und Reich, sie leben hoch!" in welchen die Versammlung begeistert einstimmte.

Vermischtes.

— Berlin. Wider Willen demaskirt. Die bildschöne Gattin eines bereits bejahrten höheren Bankbeamten stand bis vor einem Jahre in näheren Beziehungen zu einem Cousin von ihr, einem schneidigen jungen Mann, Angestellten in einem anderen hiesigen Bankhause, ohne daß der vertrauensselige Gatte von diesem Verhältniß eine Ahnung hatte. Erst durch dritte Personen auf die allzu deutlichen Huldigungen des Cousin aufmerksam gemacht, verlegte er sich auf die genaue Observation des Verwandten-Paares und machte bald die Entdeckung, daß der Herr Cousin häufig seine jugendlustige Gattin zu besuchen pflegte, wenn er auf seinem Bureau beschäftigt war. Es kam zu heftigen Scenen, deren Folgen war, daß der Cousin nie wieder das Haus des gekränkten Gatten betreten durfte. Von nun ab hörte der Gatte keine Beschuldigungen gegen seine Frau und auch er hatte keine Gelegenheit, die Treue seiner Frau anzuzweifeln. Offenbar war das Paar vorsichtiger geworden; denn daß es trotzdem in Verbindung gestanden, beweist folgender Vorgang. In einem unserer ersten Etablissements fand in der vergangenen Woche ein Maskenball statt, dem auch auf Zureden seiner Gattin der vorgedachte Bankbeamte beiwohnte: er im Domino, sie in der kleidsamen Tracht einer — Brieftaube. Schon kurz nach dem Betreten des Ballsaales fiel dem eifersüchtig gewordenen Ehegatten auf, daß seine Gattin wiederholt suchend umherblickte und dann ihr Augenmerk auf die Eingangsthür richtete. Später nahm der Bankbeamte wahr, daß seine Frau mehrere Tänze hintereinander mit einer als Jesuit gekleideten Maske tanzte und auf einmal aus dem Ballsaal verschwunden war. Sein Verdacht, daß der Jesuit der verhaßte Cousin sei und er mit seiner Gattin sich „seitwärts in die Büsche geschlagen", wurde rege und er sollte bald Gewißheit haben, daß er richtig vermuthet. Alle Nebenräume durchsuchend, erfaßte er instinctiv die Portière einer Loge auf der nach dem Saale zu führenden Galerie und sah hier die Brieftaube eng an die männliche Maske geschmiegt. Mit einem Griff hatte er dem Manne die Maske vom Gesicht gerissen und — den Cousin seiner Frau erkennend — ihm einen Schlag ins Gesicht versetzt. Als mehrere Gäste auf den nur schwer unterdrückten Angstschrei der Dame herbeieilten, war der Domino derschwunden. Der schnell gefaßte Jesuit schützte einen Ohnmachtsanfall seiner Dame vor. Obiger Vorgang giebt den Gegenstand einer Ehescheidungsklage ab, welche der Gatte eingeleitet hat. Seine Frau hat er seitdem nicht wieder gesehen.

— Seltsames Heirathsgesuch. Folgendes liest man in einem bekannten Insertionsblatte: „Ein junger Kaufmann, welcher gesonnen ist, in einigen Monaten sein Geschäft zu begründen, im Alter von 22—25 Jahren, sucht auf diesem Wege, da angeborne Blödigkeit ihn bisher abhielt, sich dem schönen Geschlecht zu nähern, eine Lebensgefährtin, welche in gleichem Alter mit ihm steht und dabei die zu einer glücklichen Ehe nöthigen Eigenschaften, einen von äußerlichen Gebrechen freien Körper, hauptsächlich aber ein disponibles Vermögen von 20—30 000 Thalern besitzt. Sollte das Vermögen das Doppelte der genannten Summe betragen, so würden sich die Ansprüche auf die persönlichen Eigenschaften um die Hälfte reduziren und noch einmal so hohes Alter kein Hinderniß sein."

— Man schreibt der „Voss. Ztg." aus Paris: In der Grotte zu Montgaudier (Charente-Departement) ist eine Entdeckung gemacht worden, welche in den wissenschaftlichen Kreisen Frankreichs ungemeines Aufsehen hervorruft. Es wurde dort eine Art Marschallstab aus der quaternären Periode gefunden, welcher aus dem Geweih eines Rennthiers angefertigt und mit außerordentlich feinen eingeschnittenen Zeichnungen verziert ist. Eine so schöne, kunstreiche Arbeit aus jener Zeit ist bisher nicht bekannt gewesen. — Der Direktor der französischen Schule in Rom, Herr Le Blant, meldet die Aufdeckung eines Grabes in Palestrina. Es wurden darin zahlreiche Schmuck- und andere Gegenstände aus Gold gefunden, die außerordentlich schön, in phönikischem Stile gearbeitet sind. Das Grab gehört augenscheinlich dem 6. Jahrhundert v. Chr. an.

175. Königlich preußische Klassenlotterie.

(Ohne Gewähr.)

Bei der am Sonnabend fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 175. Königlich preußischer Klassenlotterie fielen in der Nachmittags-Ziehung:

1 Gewinn von 75 000 Mk. auf Nr. 129 759.
1 Gewinn von 40 000 Mk. auf Nr. 116 433.
1 Gewinn von 5000 Mk. auf Nr. 112 758.

32 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 1439 1446 31 143 37 016 37 160 38 775 56 241 59 244 61 857 62 889 64 850 80 004 81 184 90 054 91 067 100 046 104 344 112 745 121 451 124 988 125 674 126 099 126 241 132 758 142 177 144 227 148 291 158 864 169 934 170 129 181 297 187 047.

28 Gewinne von 1500 Mk. auf Nr. 910 1848 11 718 16 082 25 869 33 424 45 551 55 039 70 371 84 322 88 108 96 680 115 621 117 332 117 657 134 457 149 852 153 625 155 030 158 838 158 907 160 712 169 224 173 789 180 465 182 366 186 271 187 036

31 Gewinne von 500 Mk. auf Nr. 7652 8834 22 198 22 768 28 642 50 602 56 249 64 257 69 006 69 161 77 095 77 903 81 477 84 503 90 870 92 216 104 356 104 369 104 793 110 256 117 254 123 611 126 974 132 927 141 156 143 391 151 370 162 443 166 923 178 777 189 759.

Bei der am 24. fortgesetzten Ziehung fielen in der Vormittags-Ziehung:

3 Gewinne von 10 000 Mk. auf Nr. 42 318 44 528 49 470.
2 Gewinne von 5000 Mk. auf Nr. 994 96 991.

24 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 164 5970 15 774 17 363 24 927 31 572 33 386 33 982 39 443 43 736 63 446 84 024 89 601 94 323 95 171 113 134 116 071 117 432 119 142 124 724 139 621 143 109 148 116 183 424.

21 Gewinne von 1500 Mk. auf Nr. 4556 11 538 22 252 35 966 39 969 44 104 46 216 50 167 53 991 66 129 70 410 70 511 71 722 91 291 104 703 111 064 121 178 138 367 176 784 181 574 182 629.

39 Gewinne von 500 Mk. auf Nr. 3473 3604 4178 6234 9809 13 550 17 900 23 243 24 136 26 140 42 237 46 608 53 455 54 890 55 124 60 777 63 833 65 953 69 471 69 758 71 368 75 153 76 503 79 533 109 786 113 055 115 716 120 289 125 811 149 242 158 630 160 050 160 256 170 944 177 686 181 381 181 574 185 850 187 173.

Bekanntmachung.

In das hiesige Handelsregister ist heute Blatt 194 eingetragen die Firma:

F. A. Tjaden

mit dem Niederlassungsorte **Wilhelmshaven** und als deren Inhaber der Kaufmann **Friedrich August Tjaden** hier.

Wilhelmshaven, 6. Jan. 1887.

Königliches Amtsgericht.
Keber.

Bekanntmachung.

In das hiesige Handelsregister ist heute Blatt 195 eingetragen die Firma:

A. Lammers

mit dem Niederlassungsorte **Wilhelmshaven** und als deren Inhaber der Kaufmann **Paul Friedrich August Lammers** hier.

Wilhelmshaven, 8. Jan. 1887.

Königliches Amtsgericht.
Keber.

Bekanntmachung.

In das hiesige Handelsregister ist heute Blatt 196 eingetragen die Firma:

Joh. Fangmann

mit dem Niederlassungsorte **Wilhelmshaven** und als deren Inhaber der Kaufmann **Johann Fangmann** in Wilhelmshaven.

Wilhelmshaven, 11. Jan. 1887.

Königliches Amtsgericht.
Keber.

Bekanntmachung.

In das hiesige Handelsregister ist heute Blatt 197 eingetragen die Firma:

Otto Heeren

mit dem Niederlassungsorte **Wilhelmshaven** und als deren Inhaber der Kaufmann **Otto Heeren** in Wilhelmshaven.

Wilhelmshaven, 11. Jan. 1887.

Königliches Amtsgericht.
Keber.

Bekanntmachung.

In das hiesige Handelsregister ist heute Blatt 198 eingetragen die Firma:

H. Steinfort

mit dem Niederlassungsorte **Wilhelmshaven** und als deren Inhaber der Fabrikant **Johann Heinrich Ernst Steinfort** in Wilhelmshaven.

Wilhelmshaven, 11. Jan. 1887.

Königliches Amtsgericht.
Keber.

Bekanntmachung.

In das hiesige Handelsregister ist heute Blatt 199 eingetragen die Firma:

H. Itken

mit dem Niederlassungsorte **Wilhelmshaven** und als deren Inhaber der Schuhmachermeister **Hayo Itken** in Wilhelmshaven.

Wilhelmshaven, 11. Jan. 1887.

Königliches Amtsgericht.
Keber.

Bekanntmachung.

In das hiesige Handelsregister ist heute Blatt 200 eingetragen die Firma:

O. Breeden

mit dem Niederlassungsorte **Wilhelmshaven** und als deren Inhaber der Kaufmann **Onno Johannes Breeden** in Wilhelmshaven.

Wilhelmshaven, 12. Jan. 1887.

Königliches Amtsgericht.
Keber.

Bekanntmachung.

In Ausführung des Statuts vom 10. Januar 1874 und auf Grund einer Polizei-Verordnung vom 27. Dezember 1873, die Erhebung der Hundesteuer betreffend, wird hierdurch in Erinnerung gebracht, daß

a. für einen Hund 6 Mk.;
b. für den zweiten Hund 7,50 Mark;
c. für den dritten und jeden folgenden Hund derselben Haushaltung 9 Mk.

jährlich und zwar **pränumerando** gegen Empfang einer Steuermarke, bei Vermeidung von Strafe zu entrichten sind.

Die bei Anmeldung eines Hundes als Quittung ertheilte Marke muß von dem Hunde, für den sie ertheilt ist, sichtbar getragen werden.

Die Besitzer von Hunden werden demnach aufgefordert, **ihre Hunde im Laufe dieses Monats bei der Kämmerei-Kasse zur Anmeldung zu bringen** und für die steuerpflichtigen Hunde gegen Empfang der Marken **die betreffenden Steuerbeträge zu zahlen.**

Später erworbene Hunde müssen innerhalb 8 Tagen nach der Erwerbung angemeldet und versteuert werden. Steuerfrei sind nur:

1. noch saugende Hunde unter 6 Wochen;
2. solche Hunde, welche als verlaufen, jedoch nicht länger als 8 Tage zur Wiederzustellung an die Eigenthümer zurückbehalten werden;
3. diejenigen Hunde, welche behufs der Sicherheit (also den Tag über an der Kette liegen) oder des Gewerbebetriebes wegen gehalten werden.

Wilhelmshaven, 21. Januar 1887.

Der Magistrat.
Oetken.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die zu den angeordneten Reichstagswahlen aufgestellten Wählerlisten in der Zeit **vom 24. bis incl. 31. d. M.** in der Registratur des Unterzeichneten zu Jedermanns Einsicht offen ausliegen werden.

Nach § 3 des Wahl-Reglements vom 28. Mai 1870 kann Jeder, der die Listen für unrichtig oder unvollständig hält, dies innerhalb der Zeit, während welcher die Listen ausliegen, bei uns schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben und müssen die Beweismittel für bezügliche Behauptungen, falls dieselben nicht auf Notorietät beruhen, beigebracht werden.

Wilhelmshaven, 22. Jan. 1887.

Der Magistrat.
Oetken.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit bekannt gemacht, daß zum Zwecke der bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstage durch Verfügung des Großh. Staatsministeriums, Departement des Innern, vom 19. d. M., die Gemeinde **Bant** anderweitig in zwei Wahlbezirke getheilt wurde, und zwar in der Weise, daß dem **ersten** südlich von der Eisenbahn belegenen Bezirk der östlich von dem sogenannten Metzer Weg belegene Theil der Gemeinde **Bant** (Neubremen, Kopperhörn und das Theilen'sche Gehöft) hinzugelegt worden ist.

Die Liste der Wähler für den
Wahlbezirk I
wird vom
24. bis 31. d. Mts.,
beide Tage einschließlich, im Lokale des Restaurateurs Carl Schulz zu Belfort,
die Liste der Wähler für den
Wahlbezirk II
während derselben Zeit in Wittwe Winter's Gasthause daselbst ausliegen.

Erinnerungen gegen die Richtigkeit der Listen sind innerhalb der genannten Frist bei dem Unterzeichneten schriftlich anzuzeigen oder zu Protokoll zu geben.

Bant, 22. Jan. 1887.

Der Gemeindevorsteher.
Otto Meentz.

Zu Anfang Juli d. J. ist ein hiesiges Armenkapital von 2776 Mark 80 Pf. gegen sichere Hypothek zu belegen.

Heppens, 24. Jan. 1887.

H. Reiners.

Eine Köchin
die selbstständig kochen kann, sucht Stellung zum 1. Febr. bei feiner Herrschaft. Näheres bei
Hrn. Corv.-Capt **Rittmeier.**

Gefunden

ein neu befohlter **Stiefel,** auf den rechten Fuß passend.

Werftspeisehaus.

Landesbibliothek Oldenburg

Verkauf.

Die Viehhändler **H. G. Janssen** aus Wittmund und Gebrüder **Bunk** aus Hattersum lassen am

Donnerstag, den 27. d. Mts., Morgens 10 Uhr anfgd.,

in der Behausung des Gastwirths **Warns** zu Sedan:

30 bis 40 Stück große und kleine Schweine

mit Zahlungsfrist öffentlich meistbietend verkaufen.

Neuende, 22. Jan. 1887.

H. Gerdes,
Auctionator.

Verkauf.

Der Viehhändler **F. Husemann** aus Jever läßt am

Donnerstag, den 27. ds. Mts., Nachmittags 2 Uhr beginnend,

in der Behausung des Gastwirths **Warns** zu Sedan

30 bis 40 Stück große u. kleine Schweine

mit Zahlungsfrist öffentlich meistbietend verkaufen.

Neuende, 19. Januar 1887.

H. Gerdes,
Auktionator.

Die bisher von der Wittwe Abrahams in Sedan benutzte

Unterwohnung

ist auf gleich oder später anderweit zu vermiethen.

Neuende, 21. Jan. 1887.

H. Gerdes.

Eine sehr leistungsfähige

Brauerei

Westfalens sucht für Wilhelmshaven und naheliegende Orte einen

Vertreter

für den Engros-Verkauf ihres Bieres. Ausser festem Gehalt wird eine Umsatzprovision gewährt. Nur Bewerber aus besten Gesellschaftskreisen und mit feinsten Referenzen wollen sich melden sub T. A. 772 an die Ann.-Exped. von **Haasenstein und Vogler, Köln a. Rh.**

Zu vermiethen

an frequentester Lage ein

großer Laden mit Wohnung

zu billigem Preise pr. Juli oder August.

Näheres bei

Arnold Busse,
Bismarckstr. 6.

Ratten u. Mäuse vertilgt unfehlbar das giftfreie Mittel von **Robert Hoppe**, Halle a. S. Erfolg garantirt. In Schachteln à 75 und 40 Pf. echt bei **Rich. Lehmann**, Bismarckstr. 15.

Gesucht

zum 1. Februar ein ordentliches anständiges **Mädchen** von 15—16 Jahren zur Wartung der Kinder. Von wem? sagt die Exped. d. Bl.

Militair-Verein.

Der diesjährige

Masken-Ball

des Vereins

findet am

Donnerstag, den 3. Februar, im Kaiser-Saal

statt.

Anfang 8 Uhr Abends.

Einführungen gestattet und können Eintrittskarten für Mitglieder und Fremde (incl. Zuschauer) bei den Vorstandsmitgliedern Herren Kalweit, Stadtkaserne, Jansen, Gökerstraße, Thomas, Marienstraße, Blaeser, Ostfriesenstr. 47, Wirth, Stadtkaserne, Braun, Garnisonlazareth, in Empfang genommen werden.

Masken-Anzüge werden auch im Vereinslokale vorräthig sein.

Gemüthlichkeit in Vorbereitung!

Der Vorstand.

Dr. Kochs' Pepton-Bouillon.

EINGETRAGENE Dr. K SCHUTZMARKE

Ausgezeichnet als Zusatz zu Suppen, Gemüsen, Tunken etc.

Zwei Theelöffel voll geben mit Wasser **ohne weiteren Zusatz** sofort eine Tasse schmackhafte und kräftige Fleischbrühe.

Nahrhafter als alle Fleisch-Extracte.

Neu! **Achtung!** **Neu!**

Wilhelmshalle.

Das in allen größeren Städten Deutschlands mit so großem Beifall aufgenommene

Victoria-Revolver-Billard

neuestes interessantestes Gesellschaftsspiel für Damen und Herren, ist von **Sonnabend, den 15. Januar,** an, auf kurze Zeit zur gefl. Benutzung in meinem Lokale aufgestellt. — Ich lade Billardspieler, sowie Kunstbillardliebhaber zu zahlreichem Besuche höflichst ein.

Ernst Böke.

Die

Gartenlaube

beginnt am 1. Januar einen neuen Jahrgang

mit **W. Heimburgs** fesselndem Roman „Herzenskrisen" und **A. Schneegans** sizilianischer Novelle „Speranza".

Zu beziehen in Wochen-Nummern (Preis M. 1. 60. vierteljährlich) oder in 14 Heften à 50 Pf. oder 28 Halbheften à 25 Pf. durch alle Buchhandlungen. Die Wochenausgabe auch durch die Postämter.

Herrschaftliche

Wohnung

8 Zimmer nebst Zubehör, dem Park gegenüber, auf sofort oder später zu vermiethen.

H. Gross,
Maurer- und Zimmermeister,
Bismarckstr. 24a.

Gesucht

ein tüchtiges **Mädchen** für Küche und Haus, welches gut mit der Wäsche Bescheid weiß.

Frau Ingenieur **Beckers,**
Roonstraße 79, I.

Zu verkaufen

ein **Ponny** (Isabella), 5 Jahre alt.

H. Siebels, Bierbrauer,
Wittmund.

Ein Pianino

ist für den festen Preis von 250 Mk. zu verkaufen. Hafenkaserne 138.

Rechnungen

in 1/1, 1/2, 1/4, 1/6 etc. Bogen, empfiehlt und hält stets Lager

Die Buchdruckerei des „Tagebl."
(Th. Süss.)

Empfehle:

Fass- und Flaschenbier

aus der Dampfbrauerei von Th. Fetköter, Jever.

33 Fl. feines Tafelbier zu M. 3,00,
27 „ „ dunkles Bier „ 3,00.

Wiederverkäufern hohen Rabatt.

J. Fangmann,
Bismarckstraße 59, 1 Tr.

Jedes **Hautübel,** als: Mitesser, Finnen, Sommersprossen 2c. beseitigt die rühmlichst bekannte Germann's **Sandmandelkleie.** Nur echt in ungeöffneten Cartons à 75 und 50 Pf. bei **Rich. Lehmann,** Bismarckstr. und **M. Hegeler,** Marktstr.

Zu kaufen gesucht

ganze Bibliotheken und einzelne gute Bücher zu höchsten Preisen.

Angebote erbeten

W. Walther, Antiqu., Stade.

Gesucht

zum 1. Februar oder später ein ordentliches

Mädchen.

Lohn vorläufig 150 Mk. Näheres **Roonstraße 93.**

Zu vermiethen

2 Oberwohnungen, bestehend aus je 1 Stube, 1 Kammer, 1 Küche nebst dazu gehörigem Stall zum Preise von 165 Mk. in Neubremen, Grenzstraße, zum 1. Februar cr. ev. später.

Laube, Stadtsekr. a. D.

Ein wenig gebrauchtes

Pianino

von prachtvoller Ausstattung und vollem Ton, welches neu 1500 M. gekostet, habe ich sehr preiswerth zu verkaufen.

Pundsack,
Rechnungssteller, Marktstr. 38.

Gesucht

zum 1. Mai eine **Wohnung** von 4 oder 5 Zimmern für eine ruhige, kinderlose Familie.

Näh. in der Exp. d. Bl.

Gesucht

auf sofort oder 1. Februar ein zuverlässiger

Knecht

mit guten Zeugnissen.

Fr. Lange.

Zu vermiethen

zum 1. Februar eine geräumige **Wohnung,** bestehend aus 3 Zimmern und Stall, in Belfort am neuen Marktplatz. Näheres bei

Frau **Zobel,**
im Gasthof zum Banterhof.

---

200 cbm Erde circa

habe ich beim Hempel'schen Hotel unentgeltlich abzugeben.

F. Felix,
Augustenstraße Nr. 10.

Ein Beamter (Wittwer)

wünscht seine fünfjährige Tochter bei anständiger Familie in Pflege zu geben. Reflektanten belieben Offerten unter N. 100 an die Exp. d. Bl. zu richten.

Gesucht

zum 1. Mai eine **Wohnung** (parterre) zum Preise bis zu 600 Mk. in Wilhelmshaven oder in nächster Umgebung.

Näh. in der Exp. d. Bl.

Zu vermiethen

zum 1. Mai d. J. ein

Laden mit Wohnung.

J. G. Gehrels.

Dr. jur. sucht 1 Zimmer sowie Pianinogelegenheit.

R. 310 Exped.

☐ Erinnerung an die **heute Abend** stattfindende Vorlesung. Anfang 8 Uhr.

Bürgerverein Wilhelmshav. II. Bezirk.

Mittwoch, den 26. Januar, Abends 8½ Uhr:

Versammlung

im Lokale des Herrn **Hübner,** Marktstraße.

Es ist sehr erwünscht, daß die Mitglieder zahlreich erscheinen.

Der Vorstand.

Gesangverein „Concordia".

Donnerstag, 27. Januar, Abends 8 Uhr:

General-Versammlung

im Vereinslokale.

Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Pfeifen-Club „Knaster".

Mittwoch Abend 8 Uhr:

General-Versammlung.

Pieve.

Empfehlen:

Chocoladen-Mehl

pr. Pfd. 60, 80 und 100 Pf.

Block-Chocolade

pr. Pfd. 90 Pf., 1 u. 1,20 M.

Gebr. Dirks.

Zu kaufen gesucht

500 Stück

Champagner-Flaschen.

Verl. Gökerstr. 7.

Nr. 4

der **„Deutschen Reichs-Fecht-Zeitung"** ist angekommen und abzuholen in der Expedition des Wilhelmshavener Tageblattes.

Frische Sendung

Geräuchertes

als:

sog. **Lachs-Forellen** St. 10 Pf.
Lachs-Heringe Stück 5 Pf.
Große Bücklinge 3 St. 20 Pf.
Etwas kleinere Bücklinge Stück 5 Pf.
Sardinen (russische) in Pickles à Pfd. 30 Pf.
Anchovis in Büchsen zu 50 Pf. und 1 Mk.

C. Sadewasser,
verl. Gökerstr. 7.

Gesucht

zum 15. Febr. oder 1. März eine kleine **Familienwohnung.**

Off. unt. A. W. in der Exped. d. Bl. erbeten

Zu miethen gesucht

eine kleine **Familienwohnung** im Preise bis zu 300 Mk. zum 1. März. Offerten mit Preisangabe unter D. H. an die Exp. d. Bl. erbeten.

Martin, du bist reingefallen, Dafür mußt du rüberkommen!

Danksagung.

Allen Freunden, Bekannten und Verwandten für die liebevolle Theilnahme bei der Beerdigung unsers kleinen Sohnes

Paul

sowie Herrn Pastor Trentepohl für seine trostreichen Worte am Grabe sagen hiermit ihren herzlichen Dank

Wilhelmshaven, 24 Jan. 1887.

Ch. Horn nebst Frau.

Redaktion, Druck und Verlag von Th. Süß in Wilhelmshaven.

Hierzu eine Beilage.

Landesbibliothek Oldenburg

Beilage zu Nr. 21 des „Wilhelmshavener Tageblattes“.

Mittwoch, den 26. Januar 1887.

v. Bennigsen: M. H.! Als Vorsitzender des großen Comites unserer Partei in der Provinz Hannover habe ich das Recht und die Pflicht, in der heutigen Landesversammlung der hannoverschen Nationalliberalen aus der Provinz den Vorsitz zu führen. Ich eröffne damit die Versammlung und theile Ihnen mit an der Hand der Statuten, daß Sie heute zu berathen haben werden über einen Antrag, den das Provinzialkomitee Ihnen unterbreiten wird, betreffend den Anschluß an verschiedene Kundgebungen und Entschließungen unseres Centralorgans aus der vorigen Woche in Berlin, daß dann weiter Ihnen Bericht erstattet werden wird durch den Geschäftsführer unserer Partei, über die Verhältnisse, namentlich auch das Rechnungswesen unserer nationalliberalen hannoverschen Partei, daß dann ferner Mittheilungen Ihnen gemacht werden über das bisherige Ergebniß der Wahlvorbereitungen und über die Aufstellung von Kandidaten, soweit dieselbe schon definitiv erfolgt ist. Es wird daran sich, soweit nöthig, eine Erörterung der politischen Fragen, namentlich auch der politischen Verhältnisse in den einzelnen Wahlkreisen anschließen, soweit nicht eben die Mitglieder aus diesen Wahlkreisen es vorziehen, diejenigen Dinge, die noch in Vorbereitung begriffen sind, zunächst unter sich im engeren Kreise zu berathen, da ja darüber diese Versammlung auch früher keine Beschlüsse gefaßt hat und auch heute nicht fassen wird, wie in den einzelnen Wahlbezirken mit der Aufstellung und Durchbringung der Kandidaten vorzugehen sein wird.

Meine Herren! Ehe wir an unsere Geschäfte gehen, bitte ich um die Erlaubniß, wie Sie dies auch in früheren Zeiten gestattet haben, einige politische Worte an Sie richten zu dürfen. Zunächst kann ich Ihnen Dank für den außerordentlich zahlreichen Besuch der heutigen Versammlung sagen. Wir können uns Glück wünschen, daß wir dies viel größere Lokal gewählt haben. Das Lokal, welches wir früher benutzt haben, wäre für die heutige Versammlung vollständig ungeeignet gewesen. Ich erblicke in dieser regen Betheiligung an der heutigen Versammlung den bestimmten Ausdruck des Antheils, den Sie an den politischen Zuständen in diesem Augenblick nehmen, an der Bewegung, welche die Gemüther in Deutschland ergriffen hat, eine Bewegung, die voraussichtlich in den nächsten Wochen noch sehr anwachsen wird, entstanden aus der Sorge um die Erhaltung des Weltfriedens, der Sorge vor einem Angriff unseres westlichen Nachbars, aber nicht allein daraus, sondern auch aus der Sorge, daß in die friedliche Entwickelung unseres inneren verfassungs- und politischen Lebens eine Störung durch drohende Militärkonflikte kommen könnte. Meine Herren! Unter besonders drohenden und schwierigen Verhältnissen geht das deutsche Volk diesmal an die Reichstagswahlen heran. Der Kaiser hat auf Beschluß des Bundesraths den bisherigen Reichstag aufgelöst, nachdem die Reichsregierung aus der Abstimmung in der zweiten Lesung und aus den Erklärungen der Parteiführer die feste Ueberzeugung gewonnen hatte, daß eine Mehrheit für die gesammte Vorlage einschließlich der Feststellung der Friedenspräsenz auf 7 Jahre durch diesen Reichstag nicht zu erlangen sei. M. H. Die Sorge, welche angesichts eines solchen Zustandes bei der Mehrheit und ihren Entschließungen im letzten Reichstage die Reichsregierung und das deutsche Volk ergreifen muß, die kann allerdings keine geringe sein, handelt es sich doch hier nicht allein um die gesicherte Fortdauer der festen Grundlagen unserer militärischen Einrichtungen, der Existenzbedingung für den deutschen schwer erkämpften Nationalstaat, für die Geltung der deutschen Nation in dem Rathe Europas und der anderen Völker. M. H. Auch die Aussichten über das, was sein wird und kommen wird, wenn etwa auch der nächste Reichstag in ähnlicher Art diejenige Vorlage, welche ihm zweifellos unverändert über das Militärgesetz zugehen wird, abermals ablehnt, das heißt in ihrem gesammten Umfange hinsichtlich der Zeitdauer für die Friedenspräsenz ablehnt, meine Herren, die Gefahren, die daraus entstehen können, die sind für jeden Kenner unserer Geschichte und für jeden Freund freierer Verfassung und eines gesicherten Verfassungslebens in Deutschland keine kleine. Was wir werden, wenn abermals eine Mehrheit im Reichstage ist, gleicher Entschließungen fähig, wie diejenige des aufgelösten Reichstages? In der Reichsverfassung findet sich die Bestimmung, daß über die Friedenspräsenzstärke ein Gesetz erlassen werden soll. Wenn im nächsten Frühjahr, wo die gesetzliche Vorschrift aus dem Jahre 1880 über die Dauer von 7 Jahren für die damals beschlossene Friedenspräsenzstärke abläuft, was wird werden, wenn ein neues Gesetz über diese Friedenspräsenzstärke zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstage nicht zu Stande kommen sollte? Darauf ist Niemand im Stande, an der Hand unserer Verfassung und unserer Gesetze eine bestimmte, klare, über allen Zweifel erhabene Antwort zu geben. Die Verhandlungen im Jahre 1874, in welchen zum ersten Male das sogenannte Septennat beschlossen wurde, die Aeußerungen namhafter Staatsrechtslehrer, die Erklärungen der Parteien und der Vertreter der Regierungen, die haben nur das Resultat ergeben, daß die verschiedensten Auffassungen darüber herrschen, wenn ein solches Gesetz, wie es die Reichsverfassung vorschreibt, über die Feststellung der Friedenspräsenzstärke nicht zu Stande kommt. Was dann Platz greifen soll über die Befugnisse, die aus der Reichs-Verfassung der Kaiser als Bundesfeldherr hat, über die Verpflichtungen, welche nach der Reichsverfassung der Reichstag hat, hinsichtlich der jährlichen Bewilligung der Gelder für das Militär, darüber gehen die Meinungen sehr weit auseinander. Das Fehlen eines solchen Gesetzes in dem Augenblick, wo die Zeitdauer des früheren abgelaufen ist, das stellt das deutsche Volk und seine Regierungen unmittelbar vor die Gefahr ernster Verfassungskämpfe. M. H. Die Pflicht ist also vorhanden. alles zu thun, um solche Kämpfe zu vermeiden, die Pflicht ist vorhanden, alles zu thun, damit ein solches Gesetz über die Friedenspräsenzstärke nach Ablauf des jetzigen wieder zu Stande kommt. Die Verpflichtung und die Aufforderung zu einer solchen Verständigung, die richtet sich allerdings nicht allein an den Reichstag, sie richtet sich zugleich auch an die verbündeten Regierungen, an die Reichsregierung. Die Schuld des Scheiterns eines solchen Gesetzes auf Grund einer Verständigung der gesetzgeberischen Factoren kann den einen und kann den andern treffen, verhängnißvoll sind aber die Folgen in beiden Fällen. M. H. Diejenigen, welche bei der Abstimmung in der 2. Lesung über das Militärgesetz die Mehrheiten hatten, sie haben allerdings nach längerem Zögern und auf manchen Umwegen diejenigen Mehrforderungen für die Friedenspräsenz, die Aushebung, Verstärkung und Vermehrung der Bestandtheile unseres Heeres, sie haben dieselben bewilligt. Ich will nicht näher darauf eingehen, daß diese Mehrheit bei der dritten Lesung wieder zerstäubt sein würde, denn zu Stande kam sie nur dadurch, daß das Centrum und die Deutsch-Freisinnigen, welche für sich allein die Mehrheit nicht bilden, eine Unterstützung bei diesem Beschluß fanden durch die Stimmenthaltung oder durch die Zustimmung von auf der linken Seite des Reichstags sich befindenden Gruppen, deren Führer mehr oder weniger offen erklärt hatten, daß sie in der dritten Lesung für diese Vermehrung des Heeres, der Friedenspräsenz und der Aushebung nicht stimmen würden. Ich halte mich allein an diese beiden großen Parteien. Sie haben nach langen Ueberlegungen und Weiterungen zuletzt die Forderungen, welche die Regierung stellte auf Vermehrung der Friedenspräsenzstärke von 41,000 Mann, auf Vermehrung ungefähr der jährlichen Aushebung um 14,000 Mann, auf Verstärkung der Armee durch 5 Regimenter, 1 Jägerbataillon, 15 neu zu formirende vierte Bataillone, verschiedene andere Truppenabtheilungen, sowie die dazu erforderlichen dauernden jährlichen Ausgaben von 23 Mill. Mark, sie haben dies alles bewilligt und, wie Sie wissen, thun sie sich jetzt sehr viel darauf zu gut, daß, wie der Führer des Centrums diese Redewendung eingeführt, jeder Mann und jeder Groschen in der Forderung der verbündeten Regierungen von ihnen genehmigt sei und doch hätten die verbündeten Regierungen ihre Genehmigung ihrerseits abgelehnt.

M. H. Angesichts der von der Militärverwaltung nachgewiesenen bewilligten Verstärkung der Armeen der Nachbarstaaten, insbesondere Frankreichs, ist allerdings auch trotz erheblicher Erhöhung der schon jetzt so starken Militärlasten diese Bewilligung schließlich von den beiden großen Oppositionsparteien ausgesprochen. Sie ist aber geknüpft an die Bedingung, welche die Reichsregierung für unannehmbar bezeichnet hatte und noch heute bezeichnet, daß nicht mehr, wie jetzt schon zweimal, in der Vergangenheit auf Grund einer erfreulichen Verständigung von Reichstag und Regierung für 7 Jahre diese Stärke festgestellt werden solle, sondern nur für 3 Jahre. M. H. Vergeblich haben sich Reichskanzler und die Vertreter der noch im Großen und Ganzen mit so vielem Vertrauen begrüßten Militärverwaltung, sowie selbst der greise, siegreiche Heerführer Graf v. Moltke im Reichstage dahin erklärt, daß die Sicherheit des Bestandes der Einrichtung unserer Armee, vor allen Dingen die Ausbildung einer genügenden Anzahl von Soldaten für Kriegszwecke im Verhältniß zu dem angriffslustigen Nachbar im Westen, endlich die Kriegsstärke selbst nicht genügend gesichert sei, und die Verantwortlichkeit nicht getragen werden könne, wenn jetzt, abweichend von der bisherigen Einrichtung, nur für 3 Jahre diese Vermehrung ausgesprochen würde. Um mit Sicherheit allen Verhälnissen, selbst den bedrohlichsten, ins Auge sehen zu können, bedürfe es einer festeren und längeren Dauer, mit welcher die Militärvorlage rechnen müsse.

M. H.! Der Reichskanzler hat gewiß mit Recht hervorgehoben, daß in unserm verhältnißmäßig jungen und neuen Verfassungsleben ein schweres Unheil entstehen könne, wenn namentlich in einem Reichstage wie dem jetzigen, zerrissen durch die Parteien, alle Jahre oder 3 Jahre wiederkehrend die Stärke unseres Heeres und damit die sichere Grundlage unserer Existenz in die Leidenschaft der Parteierörterungen und Parteikämpfe, ja in den Handel der Partei hineingezogen würde. (Bravo!)

M. H.! In unserm Volke, wo man sich weniger um die Einzelheiten der Verhandlungen und Beschlüsse der großen politischen Versammlungen bekümmern kann, macht gerade diese Einfachheit der Lage nach und nach einen immer stärkeren Eindruck und ruft eine Bewegung der Gemüther in dem Umfange hervor, wie wir es jetzt schon vor uns sehen. Mit Recht fragt man sich im Volke: Ist denn für diejenigen Parteien, welche das Bedürfniß solcher Verstärkung, sowie auch die Möglichkeit anerkennen, daß die entstehenden Lasten getragen werden können, gerade der jetzige Zeitpunkt angemessen, um an die Regierungen solche Forderungen zu stellen, welche früher nicht erhoben oder durchgesetzt sind.

M. H. In unserer Zeit, wo so große Umwandlungen vorgegangen sind und die Menschen so rasch leben, wird vieles schnell vergessen, aber doch sind, und namentlich auch in Preußen, die großen Gefahren noch nicht vergessen, in welche schon einmal durch einen wegen des Militärwesens herbeigeführten Verfassungskonflikt das junge konstitutionelle Leben von Preußen gedrängt ist. Unvergessen sind die Verhandlungen, welche an der Hand solcher Erfahrungen Männer, die mitten in diesem Kampfe gestanden, bewogen haben, in die Verfassung des Norddeutschen Bundes und die Verfassung des deutschen Reiches Bestimmungen über das Militärwesen hineinzubringen, welche diese Berathungen und Parteikämpfe aus den einzelnen Jahren herauszuheben geeignet waren, damit das deutsche Vaterland, für welches durch seine Vertreter in den übrigen verfassungsmäßigen Bestimmungen in der Gesetzgebung und Verwaltung, sowie auf allen übrigen Gebieten soviel zu schaffen ist, eine Spanne Zeit Ruhe haben möge vor diesen Kämpfen.

M. H.! Im Jahre 1867 ist auf vier Jahre die Friedenspräsenzstärke festgestellt und für jeden einzelnen Mann die erforderliche Zahl ausgeworfen. Als im Jahre 1871 die süddeutschen Länder mit den norddeutschen durch die deutsche Reichsverfassung vereinigt wurden, hat man, um Zeit zu anderen wichtigen Zwecken zu gewinnen, der Kriegsverwaltung für drei Jahre ein Pauschquantum überwiesen, um damit zu wirthschaften. Erst im Jahre 1874 wünschten die Regierungen und Vertretungen, daß nun ein geordnetes Budgetwesen für das Militär eingerichtet würde auf gesetzlicher Grundlage und, soweit irgend thunlich, in jährlicher Berathung und Feststellung. Damals hatten als nothwendigste Voraussetzung unserer Sicherheit und Existenz die Regierungen verlangt, daß die Friedenspräsenzstärke dauernd im Gesetz festgestellt werde und daß an der Hand dieser dauernden Präsenzstärke und der übrigen organischen Einrichtungen, Formationen und Kadres jährlich die Bewilligung der finanziellen Mittel erfolgen möge. Im Jahre 1874 ist über diese Frage der dauernder gesetzlichen Feststellung der Friedenspräsenzstärke ein Wochen, ein Monate langer Kampf entbrannt. Es war zweifelhaft, ob eine solche dauernde Feststellung vom Reichstage angenommen werden würde, im besten Falle wäre sie vielleicht nur mit einer verschwindend kleinen Mehrheit angenommen, vielleicht ganz abgelehnt und damit die gesetzliche Grundlage, von der sie einen Theil bildete, überhaupt verworfen. Damals haben gegenüber den lebhaften Wünschen gerade des nach links neigenden Theiles der Nationalliberalen und eines Theiles der damaligen Fortschrittspartei (geführt von den Abgeordneten Löwe und Berger), welche bereit waren, für das Militärgesetz zu stimmen, die Regierungen und der Reichskanzler, diesen Wünschen nachgebend von ihrer Forderung der dauernden Feststellung so viel nachgelassen, um eine Verständigung über die Nothwendigkeit der Bewilligung auf 7 Jahre zu erreichen; es ist also damals die Friedenspräsenzstärke weder dauernd noch auf 1 oder 3 Jahre festgestellt worden. Das ist damals, während im Uebrigen das Schicksal des Gesetzes zweifelhaft war, mit einer Mehrheit von 91 Stimmen, zu denen die gesammte nationalliberale Partei, die späteren Sezessionisten und ein nicht geringer Theil der Fortschrittspartei, welcher in Folge dieser Abstimmung aus der Fortschrittspartei ausgeschieden ist, gehörten, angenommen. Diesem Theil des Hauses hat die Reichsregierung die Konzession gemacht und auf dessen Wunsch und dessen Drängen die sieben Jahre in das Gesetz hineingebracht. Noch einmal ist das im Jahre 1880 wiederholt worden, als die 7 Jahre sich dem Ablaufe näherten, und die Reichsregierung hat die 7 Jahre wieder zugestanden. Ich erinnere mich heute noch lebhaft, als ich damals diesen Standpunkt vertrat, daß mein Parteigenosse, der Abgeordnete Rickert, nach seinem Naturell in lebendiger Weise für die Nothwendigkeit dieser 7 Jahre eintrat. Ich nicht allein, auch er hat damals ein voll gerütteltes und geschütteltes Maaß der bittersten und heftigsten Angriffe von Seiten derjenigen erfahren müssen, welche jetzt in seiner Fraktion vereinigt sind. (Hört, hört!) Das, was damals beschlossen ist, war nur eine Konzession der verbündeten Regierungen, um des lieben Friedens willen, damit nicht dieses wichtige Gesetz dem Scheitern ausgesetzt wurde. Unter den jetzigen Verhältnissen, wo vieles sich nicht zum Bessern, sondern zum Schlimmern verwandelt hat, soll man da von der Regierung verlangen — und das macht diese Mehrheit, welche die Auflösung herbeigeführt hat, zur Bedingung — daß also unter solchen Umständen nicht mehr für sieben Jahre gewissermaßen ein Waffenstillstand abgeschlossen sein solle in dem Kampfe für diese Frage, sondern nur für drei Jahre die Bewilligung der Friedenspräsenzstärke ausgesprochen werden könne? Ich bin überzeugt, wenn diese Frage in ihrer Einfachheit und Bedeutung für Krieg und Frieden nach Außen und Innen für die weitere verfassungsmäßige Entwickelung unseres Vaterlandes dem deutschen Volke klar gestellt und von ihm begriffen würde, daß dasselbe nicht verstehen wird, wie der Reichstag eine so gefährliche Situation in Europa, wo die ganze Welt in Waffen starrt und jeden Augenblick ein Angriff des westlichen Nachbars erwartet werden kann, den Zeitpunkt als geeignet anzusehen vermag, um der Regierung noch weitere Konzessionen abzudrängen! (Bravo!) Meine Herren! Wenn irgend etwas in der Welt den Frieden erhalten kann, so ist es die militärische Stärke und Sicherheit Deutschlands. (Bravo!] Als Preußen resp. Deutschland ihre siegreichen Kriege in den Jahren 1866 und 1870—71 geführt hatten, hat nicht damals alle Welt erwartet, auch diejenigen Mächte, welche uns nicht feindlich gegenüberstanden, hier sei eine neue Macht in Europa aufgetreten, im vollen Bewußtsein ihrer militärischen Kraft, durch die gewonnenen Siege nur zu bereit, ihre Herrschaft noch auf weiterem Gebiete in Europa auszudehnen? Lange Jahre hat es erfordert, ehe die Friedensliebe unsers Kaisers und seines Kanzlers sich in Europa und bei den fremden Mächten das Vertrauen erobert hat. Jahre hat es gedauert, endlich aber ist diese Friedensliebe über allen Zweifel erhaben anerkannt, von Freund und Feind. (Bravo!)

Meine Herren! Dem 90jährigen Kaiser und seinem 72jährigen Kanzler ist es in wunderbarer Weise gelungen, über menschliches Hoffen und Erwarten hinaus nach solchen furchtbaren Kämpfen, nach den Aufregungen, welche diese Kämpfe und ihre Folgen in die europäischen Zustände hineinwerfen mußten, uns schon 16 Jahre den Frieden zu erhalten. Beispiellos in der ganzen menschlichen Geschichte ist die Selbstbeherrschung, die Mäßigung und Weisheit von Fürsten und Regierungen nach solchen glänzenden Erfolgen gewesen. (Bravo!) Mit Bewunderung muß es jeden Kenner der Geschichte erfüllen, wenn schon — was einzelnen bereits früher bekannt gewesen ist, der großen Masse aber verborgen geblieben war — bei den Verhandlungen in Nicolsburg über den Friedensabschluß zwischen Deutschland oder damals Preußen und Oesterreich für die Bedingungen dieses Friedens die Aussöhnung mit Oesterreich und eine demnächstige möglichst enge Verbindung mit Oesterreich in feste Aussicht genommen war. So unwahrscheinlich ein solches Ergebniß damals aber scheinen mußte, so weise und vorherschauend war solche Politik, welche ein derartiges Ziel nicht blos ins Auge faßte, deren Erfolg außer aller Wahrscheinlichkeit zu liegen schien, sondern sogar vollkommen durchgeführt hat. In dem Augenblick, wo die siegreiche preußische Armee, sein König und seine Regierung verzichteten auf den triumphirenden Einzug in Wien und darauf, daß Oesterreich auch nur ein Dorf hingebe, da waren die Grundlagen dazu gelegt, daß demnächst, was für die Sicherheit Europas sich immer mehr als von höchster Bedeutung herausgestellt hat, ein freundschaftliches, ein enges politisches Verhältniß zwischen dem neugeschaffenen deutschen Reich und zwischen Oesterreich ins Leben träte. M. H. Wenn irgend etwas jetzt den Frieden in Europa noch erhalten kann, so ist es das Gefühl, daß die Fremden, die Nachbarn neidisch auf unsere militärischen Verhältnisse und politische Existenz blicken, das Gefühl, daß hinsichtlich der Wehrverfassung, der nothwendigen Verstärkung unserer militärischen Mittel hinsichtlich der Vertheidigung des erworbenen Besitzstandes, daß da das Volk seine Vertretung und die verbündeten Regierungen einig sind und einig bleiben werden. (Bravo.) Mit Recht hat der greise Feldmarschall Graf Moltke in den Sitzungen des Reichstags darauf hingewiesen, daß die Ablehnung dieser Vorlage mit Sicherheit den Krieg herbeiführen werde. Ist das Vertrauen im Auslande nicht da, daß hier in Deutschland Regierung und Bevölkerung einig bleiben werden unter allen Umständen über die militärische Ausrüstung Deutschlands, bürgern sich da

Landesbibliothek Oldenburg

Hoffnungen ein, daß durch die Ablehnung von für nothwendig erachteten Forderungen, das Anknüpfen unerträglicher Bedingungen an dieselben, daß durch die Kämpfe, welche da voraussichtlich zwischen Reichsregierung und Volksvertretung entstehen werden, die Bande in diesem noch jungen Deutschen Reich sich zu lösen anfangen, ja dann natürlich wird die Neigung vermehrt werden, so rasch wie möglich noch einmal das Würfelspiel des Krieges zu wagen. M. H. Was der Reichskanzler über die Stimmung und über die Verhältnisse in Frankreich gesagt hat, hat einen so anerkannt klassischen Ausdruck in den Verhandlungen des letzten Reichstags gefunden, daß es verkehrt sein würde, noch einmal in dieser Versammlung darauf einzugehen, in dieser Versammlung, die, wie ich glaube, fest überzeugt sein wird, daß diese Darstellung eine durchaus zutreffende und drastische gewesen ist. (Bravo.) Eins möchte ich nur noch hinzufügen, wenn eben das Ehrgeizige in dem französischen Charakter die Unsicherheit der französischen Regierungszustände, die Möglichkeit, daß durch einen Krieg sich die Aussichten eröffnen, daß Jemand sich zum Herrscher Frankreichs aufwerfe, wenn das Alles schon die Kriegssorgen befördert, so ist noch eins hinzugekommen, daß doch auch die Folgen eines für Frankreich siegreichen Krieges ein sehr reicher Preis sein könnte, das ist: die Zerstörung unseres wirthschaftlichen Wohlstandes. Nach dem Kriege von 1870/71 ist es in einer kurzen Spanne Zeit Deutschland möglich gewesen, einen Aufschwung in seiner ganzen industriellen Thätigkeit, in seiner Technik und in seinem Kunstgewerbe zu nehmen, daß wir Hoffnung haben, daß Deutschland bald wieder an die Stelle gerückt sein werde, wie vor der Reformation, bis zu dem 30jährigen Kriege, wo Deutschland und die Niederlande an der Spitze des ganzen Kunstgewerbes Europas standen. Die späteren Reformations- und Bürgerkriege haben verursacht, daß wir diese erste Stelle eingebüßt haben und lange Jahre ist man gewohnt gewesen, daß Frankreich Deutschland auf diesem Gebiete weit überlegen war. In den verhältnißmäßig wenigen Jahren nach dem französischen Kriege haben wir schon Großes erreicht, um diesen Vorsprung der Franzosen wieder einzuholen. Auf vielen Gebieten sind sie schon eingeholt, ja überholt, und nicht gering ist die Sorge der Franzosen, daß Frankreich an Deutschland den ersten Platz auf dem Gebiete der Technik und des Kunstgewerbes werde abgeben müssen. Welche Versuchung wird darin liegen, wenn die Franzosen Deutschland in sich zerrissen sehen, auch das aus dem Siege herauszuschlagen, daß auch diese Anfänge einer für Frankreich so gefährlichen Cultur getreten werden! (Bravo.)

Wenn wir ein besseres Ergebniß für diese so wichtigen Fragen durch die Wahlen für den nächsten Reichstag erlangen wollen, dann ist eins allerdings nöthig, daß die Deutschen praktisch und energisch genug sind, einmal ihre ganze Aufmerksamkeit und Thätigkeit auf diese eine Frage zu richten: Wahl eines Reichstages, welcher bereit ist in seiner Mehrheit jeden Streit über Fragen der militärischen Organisation zu vermeiden (Bravo), Wahl eines Reichstages, welcher vor allen anderen wichtigen Aufgaben seine volle Zeit aufwenden wird, um für 7 Jahre, wie schon 2 Mal beschlossen war, einen Waffenstillstand zu sichern, daß nicht in jedem Jahre oder nach drei Jahren dieser gefährliche Kampf wieder ausbreche, welcher unser ganzes politisches Leben bedroht. (Bravo!) Ich glaube, Sie werden es mit mir mit Freuden anerkennen, daß die Nation im Stande sein muß, einmal alle andere Fragen im entscheidenden Augenblick bei der Frage nach der Existenz Deutschlands gegenüber anderen Mächten zurückzustellen. Das ist der Grund gewesen, weshalb wir uns in Berlin mit der Reichspartei und der deutsch-konservativen Partei verständigt haben, um für diesen bestimmten Zweck bei den Wahlen zusammenzugehen, daß nur Männer in den nächsten Reichstag gewählt werden, welche das Militärgesetz auf die nächsten 7 Jahre zum Abschluß bringen. (Bravo!)

Meine Herren. Ueber dies Abkommen, worüber Sie nachher in einer Ihnen vorzulegenden Resolution auch noch zur Aeußerung und Beschlußfassung aufgefordert werden, über das Abkommen hat die nationalliberale Partei die schwersten Angriffe vom Centrum und von links erfahren, namentlich hat man die Sache so darzustellen versucht, als ob mit einer Verständigung für diesen einen bestimmten Zweck zugleich die Vermischung und Verschmelzung der Nationalliberalen mit den konservativen Parteien eingetreten seien. Vergebens haben wir in dem Aufruf gesagt: „Unsere Stellung zu den großen Fragen der Reichspolitik bleibt dieselbe wie bisher.“ Vergebens haben wir hervorgehoben, daß es sich hier nur dreht um ein bestimmtes Handeln für einen bestimmten Zweck, daß garnicht davon die Rede ist, die Parteien zu verschmelzen und daß im Uebrigen die National-Liberalen wie die Konservativen ihr besonderes Programm und ihre besondere Auffassung entfalten können. Ich weiß nicht, wie alle von Ihnen darüber denken; ich möchte aber glauben, daß überwiegend die Ansicht hier vertreten ist, welche ich und meine Freunde über diese Frage immer gehabt haben: Zusammengehen können wir sehr wohl mit den Konservativen, verschmelzen können und wollen wir uns auch nicht. (Bravo!) Wir wollen eine liberale Partei bleiben und sie überwiegend eine konservative, das ist meine Ueberzeugung, welche ich stets gehabt habe und welche ich auch heute noch habe. Ich halte eine solche Verschmelzung nicht für möglich, ich halte sie eher für eine Verflachung und nicht für eine Vertiefung unseres politischen Lebens. Ich glaube sagar, daß der gesunde und weit reichende Einfluß, welchen die Liberalen und die gemäßigt Konservativen ausgeübt haben, auf einem solchen Wege nicht gestärkt, sondern geschwächt würde; denn es ist fast zweifellos, daß auf beiden Seiten, konservativer wie liberaler, manche Personen nach ihren Charaktereigenschaften, nach ihren Auffassungen von den Parteiforderungen, nach ihrem Temperament, ihrer Vergangenheit und ihren persönlichen Beziehungen in eine solche Verbindung der gemäßigtliberalen und konservativen Parteien nicht eintreten würden. Was würde die Folge sein? An die Extremen nach rechts und nach links würden wir und ebenso die Konservativen große Kreise verlieren, und die Konservativen und die Gemäßigtliberalen würden das Gewicht, welches sie unter Umständen entscheidend für den Fortschritt auf allen Gebieten des inneren und öffentlichen Lebens haben einlegen können, nicht verstärken, sondern schwächen, noch mehr als leider durch die Ereignisse der letzten 7 Jahre ohnehin geschehen ist. Ich erkläre also offen, daß ich nach wie vor eine solche politische Vereinigung für unausführbar halte.

M. H.! Wir sind aber nicht blos wegen einer solchen vermutheten hier dargestellten Vereinigung angegriffen worden, es ist auch gesagt, wie können wir liberale Männer mit den konservativen Parteien in den Reichstag wählen, der nachher gebraucht und gemißbraucht wird für Tabak- und Branntweinmonopol und für alle möglichen Rückwärtsbewegungen in der Verfassung. M. H.! Ich halte diese Ausführungen mehr für taktisch als ernst, aber es kann doch nicht schaden, wenn ich hier konstatire, daß für das aufgeworfene Projekt von Tabak- und Branntweinmonopol und von Rückwärtsrevidirung in der Verfassung unter den Nationalliberalen der Provinz Hannover keine Zustimmung zu finden ist. (Allseitiges Bravo.)

Nun haben die nach links stehenden Parteien natürlich auch diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um uns wieder alle möglichen Vorwürfe zu machen, daß wir uns blind dem Willen der Reichsregierung unterwerfen, daß wir die Verfassung, Gesetze und konstitutionelle Freiheiten, wie schon so oft, wieder zu verrathen im Begriffe sind. M. H.! Dieser Vorwurf wird ja bei jeder Gelegenheit wiederholt, er ist schon so abgenutzt, daß er einen ernsthaften Eindruck nicht mehr machen kann, und ich möchte sagen, daß dem Volke die Geschichte der letzten fünfzehn Jahre in ihren wichtigsten Zügen nicht unbekannt geblieben sein wird, so daß dem Volke ein solches Geschrei doch allmählich lächerlich erscheinen muß. Was sollen wir denn verrathen? Wir sollen das verrathen, was wir in der Verfassung und den großen Gesetzen im Reich und in Preußen gegen die Stimmen der Linksstehenden ins Leben gerufen haben, auf der Grundlage von Verständigungen mit den Konservativen und der Regierung. Die rufen, daß wir dies verrathen, sind Diejenigen, welche damals Alles aufgeboten haben, in jedem Augenblick die Verfassung des norddeutschen Bundes, die Verfassung des deutschen Reiches, die Justizgesetze, die großen Selbstverwaltungsgesetze in Preußen, mit Verwaltungsgerichtsbarkeit und der weit greifenden Mitwirkung der Laien aus dem Grunde zu verhindern, weil nicht alle ihre Forderungen gewährt wurden und von der Regierung nach ihrer Auffassung nicht gewährt werden konnten, die wollen jetzt die allein berufenen Wächter der Gesetze sein, gegen deren Widerspruch sie ins Leben gerufen sind und wir sollen das verrathen, was wir selbst geschaffen haben! Dem Volke kann man auf die Dauer solche Vorwürfe als irgend wie berechtigt nicht mehr vorstellen und, wenn bei den jetzt bevorstehenden Wahlen diese verrotteten Mittel wieder angewendet werden sollten, so werden sie, glaube ich, versagen.

M. H.! In Deutschland ist seit dem ersten Napoleon in der Zeit von zwei Menschenaltern im Beamtenthum, der Wissenschaft, in der bürgerlichen Arbeit, in Kunst, Industrie und Technik allmählich ein so großes Kapital als sichere Unterlage für ein freies Verfassungsleben angesammelt und ausgenutzt, anfänglich in den kleinen mittleren Ländern, nach dem Jahre 1848 aber mit den gewonnenen Erfahrungen übertragen auf den größten Staat Deutschlands, auf Preußen, endlich aber sicher fixirt in der Reichsverfassung und der späteren Organisation.

M. M.! Dieses große Kapital war so umfassend und in sich abgeschlossen, daß eine konservative siegreiche Regierung hieraus die Grundlage entnommen hat für die Bildung aller Organisations- und Verfassungsbestimmungen in Deutschland. Dieses ganze Kapital würde aber vollständig verwirthschaftet sein bis auf den letzten Thaler, wenn lediglich der Radikalismus der berufene Vertreter und Verfechter der liberalen Grundsätze gewesen wäre. Noch zu keiner Zeit hat der Radikalismus es verstanden, das Wesentliche aus diesen großen Ueberkommenheiten als feste Grundlage für Verfassung und Gesetze hinzustellen. Derselbe hat vielmehr immer wegen einiger Nebenpunkte, welche die Regierung und die Konservativen nicht glaubten zugestehen zu können, Alles in Frage gestellt. Die günstige Zeit von 10 Jahren (1867—1877) wäre zweifellos unbenutzt geblieben für die festen Grundlagen des liberalen Staatswesens und Staatsgedankens in Deutschland. M. H. Ein konservativer Staatsmann, wie der Reichskanzler, und die deutschen Fürsten in ihrer Machtstellung haben erkannt, daß hier eben die einzig richtigen Grundlagen zu finden waren, nicht in überkommenen Einrichtungen und Anschauungen früherer Zeiten! Aber konnte man nach 1866 und 1871 verlangen, daß gerade diese liberalen Grundlagen, ausgenutzt bis auf den letzten Punkt ohne in irgend etwas nachgebend, das öffentliche Recht und die Grundlagen für die öffentliche Verwaltung und Politik in Deutschland bilden sollten? Können wir Liberalen nicht stolz darauf sein, daß man von unsern Gedanken etwas in die Reichsverfassung und Reichsgesetzgebung aufgenommen hat? Was wäre erst geworden, wenn man die Zeit von 1867 und 1871 hätte unbenutzt vorübergehen lassen, jetzt kann man es aussprechen, wenn der Bundesrath die Verfassung für den norddeutschen Bund auf der Grundlage von konservativen Forderungen zugestanden hätte. Es waren schon vorbereitet die Militär- und Zollverträge und die verbündeten Regierungen würden dem deutschen Volke nichts von einem Reichsparlamente und einer Reichsverfassung gegeben haben; es wäre also noch vielmehr von den Einzelheiten in unserer liberalen Institution zurückgeschroben. Wir wollen den Radikalen nach beiden Seiten, namentlich der linken Seite die Berechtigung ihrer politischen Existenz nicht bestreiten, denn das würde sehr thöricht sein, ein weiser Gebrauch von solcher Position ist für das Vaterland unter Umständen von Nutzen; diese Parteien haben den Beruf, die Ihnen näher stehenden liberalen und konservativen in ihrer Thätigkeit zu kontroliren, sie können auf sie einwirken in Bezug auf die fortwährende Aufrechterhaltung der Reinheit und Starrheit der liberalen und konservativen Grundsätze; aber fast niemals in der Geschichte ist es den extremen Richtungen gelungen, etwas Dauerndes ins Leben zu rufen. Durch Ueberrumplung der Gegner ist wohl einmal eine radikale oder eine extrem konservative Verfassung zustande gekommen, aber wie lange hat sie gedauert? Dann ist durch das Niederwerfen der Gegner wieder alles umgekehrt und dadurch das Volk fortwährend Convulsionen und Verfassungskämpfen ausgesetzt gewesen. Wir Nationalliberalen können trotz aller Angriffe mit Stolz und Befriedigung auf die Jahre von 1867 bis 1878 zurückblicken; dem starken Einflusse, den wir in der Vertretung der liberalen Grundsätze gehabt haben, ist es allein gelungen, daß diese liberalen Grundsätze in der Hauptsache zum Siege gekommen sind, indem sie jetzt die Grundlage bilden in unserer ganzen Einrichtung. Die Angriffe, welche jetzt von Neuem erschallen, wollen wir ruhig über uns ergehen lassen in der Hoffnung und Zuversicht, daß das deutsche Volk einsichtig genug sein wird, die Lage besser zu verstehen, als jene Parteien sie darzustellen belieben.

M. H.! Wenn ich noch einige Worte an Sie speziell über die hannoverschen Verhältnisse richten darf, so weiß ich ja wohl — und die letzten Wahlen haben es in der überwiegenden Mehrheit der Wahlbezirke bestätigt — daß hier noch eine große Masse von Wählern vorhanden ist, welche eine Anhänglichkeit an die alten Zustände, vielleicht verbunden mit der Hoffnung der Wiederkehr der alten Verhältnisse, noch nicht vollständig überwunden hat. M. H. Das eine möchte ich zur Ehre von Hannover hier aussprechen: Abgesehen von einigen verblendeten Fanatikern, ist doch in der Menge der welfischen Wähler die Ansicht nicht vertreten, daß die Wiederherstellung der früheren Zustände im Königreich Hannover auch willkommen sei für den Preis einer vollständigen Niederwerfung Deutschlands durch Frankreich, eines Verlustes der wiedergewonnenen alten Stammländer Elsaß-Lothringen und eines weiteren Verlustes des linken Rheinufers. Diese Meinung ist unter der großen Masse der welfischen Wähler nicht vertreten. Wie sollte es anders sein hier in Hannover, wo die Erinnerung an die französische Herrschaft aus der Zeit des ersten Napoleon in den Söhnen und Enkeln jener Zeitgenossen noch stark genug ist in Stadt und Land. Hat doch damals das ganze Küstengebiet direkt zum französischen Reiche gehört, ist doch das übrige Hannover durch den Kaiser Napoleon unter Vermittelung seines Bruders, des Königs Jerome von Westfalen, regiert, ausgenutzt und ausgesogen worden! Damals haben jüngere Hannoveraner, zum Theil dem Knabenalter kaum entwachsen, allen Ständen angehörig, Söhne von Edelleuten, Beamten, Bürgern und Bauern, ihre Heimath verlassen und in Spanien gekämpft für die Vertreibung der Franzosen vom deutschen Boden; sie haben 1813 den neugebildeten Bataillonen sich angeschlossen und ruhmvollen Antheil genommen an den Entscheidungskämpfen auf belgischem Boden. Diese Erinnerungen sind hier in Hannover noch stark genug, sodaß die Neigung, etwa auf Kosten Deutschlands durch französische Eroberungen und Beglückungen hier die früheren Zustände wieder hergestellt zu sehen, in den Gemüthern der Hannoveraner im weiteren Umfange keinen Platz greifen kann. (Bravo!)

M. H. Wenn ich dann zu Ihnen, meinen näheren Freunden, noch einige Worte zum Schluß sprechen darf. Ich habe, nachdem ich persönlich mich einige Jahre aus Gründen, deren nähere Darlegung Sie mir an dieser Stelle wohl erlassen werden, den Parlamenten fern gehalten habe, jetzt, wo ich die Lage Deutschlands in seiner europäischen Stellung, sowie die weitere politische Entwickelung für sehr unsicher und gefahrdrohend ansehe, meine Bereitwilligkeit erklärt, mich wieder in den Reichstag wählen zu lassen. (Allseitiges Bravo.)

Ich danke Ihnen, m. H., für die Zustimmung, welche dieser mein Entschluß bei Ihnen findet, und ich sehe einen Beweis darin, daß dasjenige Vertrauen, welches ich mir durch meine politische Thätigkeit erworben hatte, und welches ich sehr wohl bis zu einem gewissen Grade durch die Zurückhaltung der letzten drei Jahre hätte einbüßen können, noch nicht geschwunden ist. M. H. Wenn wir jetzt in der Ihnen vorhin mit einigen Zügen geschilderten Lage an die Wahlen zum Reichstage herangehen, so werden auch ganz besondere Forderungen an die Thätigkeit aller unserer Parteigenossen gestellt werden. Ich weiß sehr wohl, daß diese Wahlen auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts nichts Angenehmes und Bequemes für viele Personen haben. Namentlich wohl mit aus diesem Grunde haben manche unserer Parteigenossen sich in ihrer Thätigkeit, in ihrer energischen Thätigkeit bei den Wahlen in den letzten Jahren vom politischen Leben zurückgehalten.

M. H. Unbequem mag die Behandlung der Wahl auf dieser Grundlage sein, aber das werden Sie mir Recht geben, diese verfassungsmäßige Grundlage haben wir einmal und meiner persönlichen Ueberzeugung nach werden wir sie mit Fug und Recht niemals wieder verlieren, es müßte denn einmal eine große Massenbewegung ausgebrochen sein und in schweren Straßen- und Bürgerkämpfen eine solche revolutionäre Bewegung niedergeschlagen sein. Nach solchen Ergebnissen, vor denen Gott Deutschland bewahren möge, könnte man wohl an die Frage der Beseitigung des allgemeinen gleichen Wahlrechts herantreten. Diese Rechte haben die großen Massen gewonnen und sie legen auf die Beibehaltung derselben einen entschiedenen Werth; in anderen Ländern, wo man diese Einrichtung noch nicht hat, ist man bestrebt, dieselbe zu bekommen. In Deutschland wird man sie ohne solche eben von mir geschilderten Ereignisse den großen Massen ohne eine schwere Ungerechtigkeit, ohne eine schwere Gefährdung des inneren bürgerlichen Friedens nicht wieder nehmen können. Mit dieser Einrichtung werden sich die Classen des Mittelstandes, welcher so stark in unserer Partei durch Bürger und Bauer vertreten ist, zurecht setzen und mit Rücksicht hierauf eine viel eingreifendere Thätigkeit entfalten müssen, wenn wir den berechtigten Einfluß bewahren oder wiedergewinnen wollen, der uns im Uebrigen nach der wirthschaftlichen Bedeutung, Stellung und Einsicht zukommt.

M. H.! Da ist manches nöthig; vor allen Dingen ist es nöthig, daß man sich bei den großen Massen Vertrauen erwirbt, indem man sich nicht classenweise von ihnen absondert, wie in anderen Ländern, daß man ferner die Stellung der Bürger und Bauern und ihre Besitzverhältnisse sowie ihre Autorität, welche sie natürlich dadurch ausüben, berücksichtigt und durch Belehrung u. s. w. einen Einfluß auszuüben sucht. Das Volk ist nicht so verblendet, daß es nicht Männern, welche im Uebrigen sein Vertrauen genießen, Vertrauen bei der Wahl schenken sollte, wenn ein durch Belehrung und Verkehr mit den mittleren und großen bürgerlichen und bäuerlichen Classen gewonnener Einfluß nur genügend ausgenutzt wird. M. H. Daß das geschehen möge schon bei der nächsten Wahl, darauf bitte ich besonders Werth zu legen, scheuen Sie die Mühe nicht, belehrend und aufklärend an die Massen heranzutreten, die von den verschiedenen Seiten auf unerhörte Weise über ihre wahren Interessen getäuscht und darauf gemißbraucht werden. Scheuen Sie sich nicht, es giebt in unserer Partei Tausende von Männern, zu denen ihre Mitbürger ein natürliches Vertrauen haben, mögen sie das Vertrauen benutzen, die Zeit ist ernst genug — Niemand soll jetzt fehlen. Zu viel werden wir kaum auf einen Schlag in diesem Wahlkampfe erreichen können, das Mögliche aber, um uns vor schweren Verfassungskämpfen zu bewahren, um vor dem Auslande unsere Existenzbedingungen sicher zu stellen, können wir erreichen, wenn jeder an seinem Platze seine Schuldigkeit thut und das wollen wir versprechen, daß wir sie alle thun werden. (Lebhaftes, anhaltendes Bravo.) Ich möchte mir erlauben, den Antrag vorzulesen, welchen das Centralcomitee an Sie richtet: Die Landesversammlung erklärt in Uebereinstimmung mit dem Aufruf des Centralcomitees und der bisherigen einzelnen liberalen Mitglieder des Reichstags vom 16. d. M. ihre Zustimmung zu der von den Vorständen der einzelnen liberalen Parteien, der deutschen Reichspartei und der deutschconservativen Partei getroffenen Verständigung über ein Zusammenwirken bei den diesjährigen Reichstagswahlen für den Zweck der Herbeiführung von Wahlen solcher Männer, die entschlossen sind, für das Septenat zu stimmen.

Redaktion, Druck und Verlag von Th. Süß in Wilhelmshaven.

Landesbibliothek Oldenburg